

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 6.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 8. Februar 1913.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Wie gewinnen wir die Mitglieder für die Lektüre des Verbandsorgans?

Das Verbandsorgan wird nicht genug gelesen. Die Klage hört man in den gewerkschaftlichen Organisationen aller Berufe und Richtungen. Die konfessionellen Arbeitervereine singen dasselbe Lied. Der „Grundstein“, das Organ des sozialdemokratischen Maurerverbandes und unzweifelhaft die beste „frei“-gewerkschaftliche Zeitung, schätzte einmal seinen aufmerksamen Leserkreis auf rund 40 Prozent der Mitglieder des Verbandes. In den wenigsten gewerkschaftlichen Organisationen wird es besser sein. In unserem Verbandsorgan, das sehr viel Aufwendungen an Geld und Arbeit erfordert, erreicht leider nur bei einem geringeren Teile unserer Mitglieder seinen erzieherischen Zweck. Mangel an gewerkschaftlichem Verständnis und an gewerkschaftlichem Streben ist, ganz allgemein gesprochen, die Ursache dieser bedauerlichen Tatsache. Durch die durchweg leichte und sehr flache Kost der politischen Tagespresse ist Geist und Wille des Arbeiters für eine ernste Denkarbeit erfordernde Lektüre auch nicht gerade erzogen worden.

Hier auf eine Menderung zu sinnen,

ist Pflicht der Redaktion unseres Verbandsorgans sowohl als auch unserer strebsamen, mitarbeitenden Mitglieder.

Aber wie das erreichen? Nicht selten ist man uns mit dem Vorwande gekommen, unsere „Textilarbeiter-Zeitung“ komme den Bedürfnissen der weniger geschulten, lesefaulen Mitglieder nicht entgegen; sie sei „zu hoch geschrieben“ und fände darum bei vielen Mitgliedern kein Verständnis. Darauf ist zu antworten: Der Vorwurf jener Kollegen ist ungerechtfertigt; der darin ausgedrückte Rat mindestens sehr zweifelhaft. Unser Organ ist bei seiner jetzigen Größe so vielseitig, daß es für alle Mitglieder, die es ehrlich mit ihren gewerkschaftlichen Interessen meinen, in jeder Nummer etwas bringt. Durch eine Verflachung der Zeitung, den Bedürfnissen der indifferenten Mitglieder Rechnung tragen, hieße das Pferd am Schwanz aufzäumen. Sie würden dadurch nicht für die Lektüre des Organs gewonnen und auch nicht zu denkenden Gewerkschaftlern erzogen. Wohl aber würde man erreichen, daß unsere lese-eifrigen Mitglieder das Interesse am Verbandsblatt verlieren, weil sie keine Anregungen mehr darin fänden. Welcher Ortsgruppenvorstand wollte den Versuch unternehmen, durch eine Verflachung der Versammlungen den Besuch derselben besser zu machen? Aus dem Organ des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter grüßt eine trostlose geistige Dede, und dennoch haben Beamte dieses Verbandes wiederholt geklagt, daß der „Textilarbeiter“ von den Mitgliedern gar nicht gelesen würde.

Die Aufgabe des Verbandsorgans

ist, die Mitglieder zu gewerkschaftlichem Denken zu erziehen, sie zu orientieren über alle das Gewerkschaftsleben betr. Vorkommnisse. Darum muß das Verbandsorgan auch mit der Gesamtbewegung vorangehen. In ihren Zeitungsorganen muß das rege geistige Leben innerhalb der christlichen Berufsverbände und der große geistige Fortschritt ihrer Mitglieder zum Ausdruck kommen. Das Gewerkschaftsorgan repräsentiert gewissermaßen den Verband nach außen hin; von dem Inhalte desselben wird auf das ganze Innenleben des Verbandes geschlossen. Uebrigens hat unser Verbandsorgan auch einen verhältnismäßig großen Leserkreis außerhalb der Reihe unserer Mitglieder. Auch darauf muß es Rücksicht nehmen.

Vor allem aber muß es den Beamten, Vorständen, Vertrauensleuten, Agitatoren und allen aktiv an der Bewegung teilnehmenden Mitgliedern eine Quelle der Schulung und Anregung und eine gute Waffenschmiede sein.

Sie müssen aus dem Verbandsorgan stets wieder neues Material in dem Kampfe für ihre Bestrebungen holen können. Wenn das Verbandsorgan diesen Zweck nicht mehr erfüllt, dann hat es jeglichen Wert für die Bewegung verloren. Gewiß soll ein Gewerkschaftsorgan die alten gewerkschaftlichen Wahrheiten, in neue Formen und Worte gebracht, von Zeit zu Zeit wiederholen. Die „Textilarbeiter-Zeitung“ hat das stets getan und wird es auch in Zukunft tun.

Wie kann nun das Interesse jener Mitglieder für das Verbandsorgan geweckt werden? Hier bedarf es zunächst einer systematischen Erziehungsarbeit. In erster Linie können hier

unsere Vertrauensmänner sehr viel tun.

Ein tüchtiger Vertrauensmann hat schnell heraus, welche Mitglieder seines Bezirkes eifrige Leser des Verbandsorgans sind. Die lesefaulen Mitglieder werden seinen Bestrebungen und großen Bemühungen um die Sache der Arbeiter gar kein Verständnis und Interesse entgegenbringen; sie fehlen auch stets in den Versammlungen. Diese gleichgültigen und unsicheren Kolleginnen und Kollegen muß der Vertrauensmann bei seinen wöchentlichen Rundgängen stets zum Lesen der Verbandszeitung anhalten. Da genügt aber eine einfache Aufforderung nicht, sondern es muß mit Klugheit und System vorgegangen werden. Notwendig ist, daß der Vertrauensmann selbst vor seinem Rundgange sein Organ gründlich gelesen hat und sich über den Inhalt desselben klar geworden ist. Dann ist er in der Lage, mit dem betr. Mitgliede über diesen oder jenen Artikel des Blattes zu sprechen, zu hören, ob das Mitglied den Artikel oder jene Notiz der vorigen Nummer auch gelesen hat, wie es darüber denkt, was es von jener Sache, von dieser Bewegung meint, über die im Organ berichtet wurde. Dieses Vorgehen wird, wenn es dauernd befolgt wird, den Kreis der eifrigen Leser des Verbandsorgans vergrößern. Unsere Organisationen gewinnen dadurch an lebendigen Trägern des christlichen Gewerkschaftsgedankens, an eifrigen und selbstlosen Mitarbeitern.

Ziel zu wenig wird der Inhalt des Verbandsorgans zum

Gegenstand von Besprechungen in unseren Mitgliederversammlungen

gemacht. Und doch ist auch das geeignet, das Interesse der Mitglieder für das Verbandsorgan zu wecken und zu heben und die Versammlungen interessant zu machen. In den katholischen Arbeitervereinen wird es vielfach mit der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ mit außerordentlich großem Erfolge so gehandhabt. Der „Arbeiter“ in München, das Organ der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, klagte unlängst darüber, daß das Verbandsorgan von nur verhältnismäßig wenigen Mitgliedern gelesen würde. Auch er empfahl zur Abhilfe dieses Mißstandes die Besprechung des Inhaltes des Blattes in Kurzen und Versammlungen. Unsere Ortsgruppen, denen es so oft an geeigneten Referenten mangelt, könnten dadurch ihre Mitgliederversammlungen ohne besondere geldlichen Aufwendungen inhaltlich und lehrreich gestalten. Unser Verbandsorgan gewänne dadurch in Mitgliederkreisen außerordentlich an Wertschätzung.

In den Versammlungen sollten unsere Vorstandsmitglieder und namentlich auch die Referenten stets auf den Wert des Verbandsorgans und auf die dringende Notwendigkeit der Lektüre desselben für alle Mitglieder hinweisen. Gelesene Nummern der Verbandszeitung weist man nicht fort, sondern man gibt sie an unorganisierte Mitarbeiter oder Bekannte weiter.

Man spricht mit ihnen über den Inhalt des Blattes. Das wirkt agitatorisch für unseren Verband und ist geeignet, den Wert unseres Verbandsorgans in den Augen der Nichtmitglieder, aber auch der eigenen Mitglieder, zu erhöhen. In dieser Beziehung können die christlichen Arbeiter von den Genossen sehr viel lernen.

Unsere Vorstandsmitglieder sollten nicht ver säumen, hin und wieder diese oder jene Notiz oder einen kurzen

Auszug aus einem Artikel in der örtlichen Tagespresse

unter Berufung auf das Verbandsorgan zum Abdruck zu bringen. Das ist nicht allein geeignet, weitere Kreise mit unseren Einrichtungen und Bestrebungen bekannt zu machen, es regt auch manchmal solche Kollegen zum Lesen des Verbandsorgans an, die meinen, mit ihrem Tageblättchen genug zu haben. Entschieden abzuraten ist jedoch von dem umgekehrten Wege, der leider häufiger gegangen wird, indem die Kollegen die für das Verbandsorgan bestimmten Zuschriften so früh ihrer Lokalpresse zuschicken, daß diese den Artikel bereits acht Tage früher bringt, bevor er in der „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint. Daß dadurch das Interesse der Mitglieder des Ortes für das Verbandsorgan geradezu erstickt wird, liegt klar auf der Hand. Wir werden es uns ernstlich überlegen, ob wir in Zukunft solche Artikel aus Kollegenkreisen, die bereits in dem betr. Lokalblatte gestanden haben, noch aufnehmen sollen.

Unsere Kollegen draußen im Lande können ferner weitere Mitgliederkreise zum Lesen des Verbandsorgans dadurch anregen, daß sie hin und wieder

über die Verhältnisse in dem betr. Orte oder Bezirke etwas schreiben.

Namentlich für die gewerkschaftlich neuen Gebiete ist das unbedingt notwendig, um das Verbandsorgan bei den Mitgliedern gut einzuführen und ihm einen festen Platz unter ihnen zu sichern. Aber auch für unsere alten Ortsgruppen und Bezirke gilt das. Es ist verständlich und naheliegend, daß zahlreiche Mitglieder die Zeitung zuerst daraufhin untersuchen, ob sie auch etwas aus dem Heimatorte vermeldet und dann erst zur Lektüre des übrigen Teiles übergehen. Die ihn unmittelbar angehenden Dinge interessieren ja jeden am meisten. Ein Teil der Mitglieder aber läßt es bei dieser Untersuchung bewenden; er liest aus Interessellosigkeit, aus geistiger Bequemlichkeit in der Zeitung nur das, was „aus seiner Ortsgruppe“ geschrieben wird. Das sind die Versammlungsschwänzer, die allzeit Teilnahmslosen, diejenigen, die keine Opfer bringen mögen, denen jede tiefere gewerkschaftliche Erkenntnis abgeht, deren A und O des gewerkschaftlichen Interesses Lohnbewegungen und Unterstützungseinrichtungen sind. Diese Leute, die Sorge und Last unserer wackeren Vertrauensmänner, die keinen inneren Anteil an unserer Bewegung haben, die interessiert in der Zeitung nur, was „von uns drin ist“. Alle Ortsgruppen und Bezirke ohne Ausnahme müssen Wert darauf legen, daß im Laufe des Jahres wiederholt von ihnen im Verbandsorgan zu lesen ist. Nur muß es gut und gediegen sein. Dann werden wir auch jene faulen Mitglieder zu Lesern des Verbandsorgans machen, sie zu uns emporziehen und sie allmählich in die Reihen unserer streitenden Kolleginnen und Kollegen einführen.

Noch auf eine Möglichkeit der Erziehung unserer Mitglieder zu eifrigen Lesern des Verbandsorgans sei hingewiesen: Es könnten hin und wieder einzelne Nummern des Blattes

für die besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse eines bestimmten Bezirkes

ausgestattet werden. Namentlich zur Zeit einer größeren Agitation in einem Bezirke könnte das geschehen. Es ist eigentlich verwunderlich, wie

wenig in dieser Weise unser Verbandsorgan bisher ausgenutzt wurde. Nur einige Bezirke haben es bisher versucht und gute Erfolge damit erzielt. Es sollte öfters geschehen. Es diene der Agitation und der Festigung der vorhandenen Mitglieder. Das Verbandsorgan würde dadurch an Wert wesentlich gewinnen.

Endlich müßte zwischen Mitgliedern und Redaktion eine innigere Fühlung vorhanden sein. Unsere Mitglieder draußen im Lande sollten der Redaktion häufiger ihre Wünsche und Ansichten in Bezug auf das Verbandsorgan mitteilen. Soweit es möglich ist, kommt die Redaktion den Wünschen der Mitglieder gerne entgegen. Nur dann, wenn zwischen Mitgliedern und Redaktion eine enge Fühlungnahme besteht, ist es der letzteren leichter möglich, das Verbandsorgan zu einer wichtigen Waffe im Kampfe für unsere gerechten Bestrebungen zu machen.

Wenn die in diesem Aufsätze gegebenen Winke und Anregungen befolgt werden, dann wird der Kreis unserer lesenden Mitglieder wesentlich kleiner werden. Damit wäre für unsere ganze Verbandsarbeit außerordentlich viel gewonnen. Es würde sich eine Belebung auf allen Gebieten der gewerkschaftlichen Betätigung geltend machen und unsere „Textilarbeiter-Zeitung“ würde ihren Zweck in weitestem Maße erreichen.

Arbeitsverhältnisse in den Baumwollspinnereien.

(Schluß.)

Früher haben wir dargelegt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Baumwollspinnereien von einem Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch weit entfernt sind. Das ergibt sich auch aus der Zahl der vorhandenen Arbeiterausschüsse. Diese bilden ja in den einzelnen Betrieben die Instanz, die die Interessen der Arbeiter gegenüber der Betriebsleitung wahrzunehmen hat. Solche Arbeiterausschüsse, die man wirklich als Interessenvertretung der Arbeiter bezeichnen kann, bestehen in bloß 13 Betrieben. In diesen ist es selbst hier noch zweifelhaft, ob bei dem meist noch mangelhaften Organisationsverhältnis diese Arbeiterausschüsse auch wirklich Ersprießliches zu leisten vermögen. In fünf Betrieben gilt der Krankenkassen-Vorstand als Arbeiterausschuß. Wer weiß, wie diese Krankenkassenvorstände oft zusammengepflegt sind, der ist sich keinen Moment darüber im Zweifel, daß sie in der Regel als ernste Interessenvertretung erst recht nicht betrachtet werden können; von Ausnahmen abgesehen. Nun bestehen zwar noch in zwei weiteren Betrieben Arbeiterausschüsse, doch wird der eine direkt vom Arbeitgeber ernannt, während der andere aus Anhängern der „gelben“ Richtung besteht. Beide kommen also als wirkliche Arbeiterinteressenvertretung ebenfalls nicht in Betracht. Berücksichtigt man nun noch, daß in 26 Betrieben Arbeiterausschüsse irgendwelcher Art überhaupt nicht existieren, dann kann man ermaßen, wie sehr die Verhältnisse in den Spinnereien auch auf dem Gebiete noch zu wünschen übrig lassen. Besser wird es erst dann werden, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche sich ernstlich aufraffen und sich bestreben, die Organisationsverhältnisse zu bessern.

Hierbei stoßen die Arbeiter allerdings in manchen Betrieben auf allerlei Schwierigkeiten, die ihnen die Betriebsleitungen bereiten. Diese Schwierigkeiten bestehen zum Teil darin, daß die organisierten Arbeiter gedrückt und schikaniert, hier und da auch bei agitatorischer Tätigkeit entlassen werden, zumeist aber sind es die „Wohlfahrts-Einrichtungen“, die das Hindernis bilden. Klagen über Schwierigkeiten der ersteren Art wurden aus sieben Betrieben laut. Aus vier dieser Betriebe wird gemeldet, daß organisierte Arbeiter beim Obermeister „unbeliebt“ sind, daß die organisierten Arbeiter „eingeschüchtert und mit Entlassung bedroht“, „von den Angestellten gedrückt“, „bei Agitation entlassen“ werden. In zwei Betrieben werden die „gelben“, in einem dritten die „fremden“ Arbeiter bevorzugt.

Schlummer noch ist der Druck, der durch die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ ausgeübt wird. Da sind zunächst die Mädchenheime. Sie sind in vier Betrieben zu finden. Ueber diese Heime wird berichtet: Es ist den Heimbewohnerinnen „unmöglich gemacht“, sich zu organisieren; sie sind „nicht zu gewinnen, weil völlig in der Hand des Arbeitgebers“; die Leitung des Heimes ist der Organisation „nicht freundlich gesonnen“; „das Heim beherbergt über 80 fremde Arbeiterinnen“.

Interessant ist noch, was aus vier Betrieben über die Arbeiterwohnungen berichtet wird. In einem Betrieb nur wird ausdrücklich durch sie kein direkter Druck auf die Arbeiter ausgeübt. Dafür kennzeichnet aber der Mietvertrag, den die Arbeiter unterzeichnen müssen, um so besser den Geist, der auch hier die Betriebsleitung bezieht. § 6 des Vertrages lautet:

„Die Fabrik wird ihrerseits als Regel ebenfalls eine vierzehntägige Kündigungsfrist beobachten, behält sich jedoch das Recht vor, den Mietvertrag sofort zu lösen, wenn der Mieter eigenmächtig die Arbeit in der Fabrik einstellt,

oder auf Grund der behördlich genehmigten Arbeitsordnung ohne Kündigung entlassen wird. In diesen Fällen hat der Mieter längstens binnen drei Tagen die Wohnung zu räumen und zu verlassen.“

Das Recht zur sofortigen Lösung des Mietvertrages steht der Fabrik auch dann zu, wenn der Mieter sich gegen die Hausordnung verhält oder sich eines Vergehens schuldig macht, das eine sofortige Lösung des Mietvertrages als geboten erscheinen läßt. Auch in diesen Fällen hat der Mieter längstens binnen drei Tagen die Wohnung zu räumen und zu verlassen.

Die ordnungsmäßige freiwillige Kündigung der Arbeit in der Fabrik seitens des Mieters schließt ohne weiteres auch die Kündigung der Wohnung in sich ein. In diesem Falle hat der Mieter längstens am Tage des Austritts aus der Fabrik die Wohnung zu räumen und zu verlassen.

Verlangt ein Mieter seine sofortige Entlassung aus der Fabrik, ohne die vertragsmäßige vierzehntägige Kündigung vorangehen zu lassen und erteilt die Fabrikdirektion die Genehmigung dazu, so hat der Mieter am Tage seines Austritts seine Wohnung zu räumen.

Durch den Tod eines Mieters löst sich der Vertrag sofort. Der Fabrik bleibt es aber überlassen, den Hinterbliebenen eine angemessene Frist zur Räumung der Wohnung zu gewähren.“

Diese Bestimmungen sprechen für sich. Benutzt die Firma auch zur Zeit die Arbeiterwohnungen nicht, um den Arbeitern Schwierigkeiten wegen Beitritts zur Organisation zu machen, so hat sie sich doch vorsehen, um gelegentlich, vor allem wohl im Falle eines Streiks ihre Macht zur Anwendung bringen zu können. Jedenfalls ist obiger Paragraph sehr einseitig auf die Interessen der Firma zugeschnitten.

In einem zweiten Betrieb werden die Wohnungen nur den Unorganisierten überlassen, werden also bereits als Druckmittel benutzt. Aus einem dritten Betriebe wird gar gemeldet, daß, wenn ein Familienmitglied, also ein Sohn oder eine Tochter des die Wohnung innehabenden Arbeiters, gegen den Willen der Betriebsleitung den Betrieb verläßt, dem Vater die Wohnung gekündigt wird. Infolgedessen habe sich dort die Praxis herausgebildet, daß die jungen Leute, um aus dem Betrieb herauszukommen ohne die Eltern zu schaden, einfach von zu Hause entlaufen. So sei dann, wird faktisch dazu bemerkt, der Familie und dem Arbeitgeber geholfen! Ähnlich geht es im vierten Betriebe zu. Da wird der Wohnungsinhaber gezwungen, seine Kinder nur in den Betrieb seines „Vaterherrn“ zu schicken, widrigenfalls ihm die Wohnung gekündigt oder den Kindern das Verbleiben in der elterlichen, dem Fabrikbesitzer gehörenden Wohnung untersagt wird. Das sind geradezu skandalöse Zustände. Zustände, die nicht nur den Arbeiter und dessen Familie in eine fast sklavensähnliche Abhängigkeit bringen, sondern auch geradezu zur Vernichtung eines geordneten Familienlebens führen müssen.

Auch weitere Einrichtungen verstehen die Unternehmer ihren Zwecken dienlich zu machen. So bestehen in zwei Betrieben Konsumvereine. Weiter wird berichtet von Unterstützungskassen aus zwei Betrieben. Aus einem dieser Betriebe wird beigelegt: Wer Ueberstunden verweigert, bekomme das bei Gewährung von Unterstützung aus dieser Kasse zu „fühlen“. Vergnügungsvereine finden sich in drei Betrieben. So wird über einen „Harmonieverein“ berichtet, dessen Mitglieder 10 Pfg. pro Woche entrichten und bei Ausflügen Zuwendungen des Arbeitgebers erhalten. Trotzdem bröckelt der Verein ab. Ein Zwang, ihm beizutreten, besteht nicht. In einem großen Spinnereibetriebe besteht ein vollständig ausgebautes Sydem von Wohlfahrts-Einrichtungen. Da sind zunächst die Fabrikwohnungen ziemlich zahlreich vorhanden. Den Arbeitern werden Hypotheken zum Bau von eigenen Häuschen gegeben. Die Firma hat einen Konsumverein, eine Pensions-, eine Krankengeldzuschuß- und eine Sparkasse eingerichtet. Weiter erfolgt die Abgabe von Holz, Kohlen und Kartoffeln. Für Zerstreuerungen sorgen ein gelber Gesang-, ein Turn- sowie ein Fabrik-Kriegerverein. Herz, was verlangst du noch mehr!

Aus all dem angeführten ergibt sich wieder einmal deutlich, daß es in der Regel nur oder doch vorwiegend persönliche Interessen sind, die den Arbeitgeber veranlassen, Wohlfahrts-Einrichtungen zu schaffen. Man wird es darum den organisierten Arbeitern nicht verübeln können, wenn sie diesen Einrichtungen im allgemeinen recht mißtrauisch gegenüberstehen. Ihren Standpunkt in dieser Frage haben wir in unserm Flugblatt: „An die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Spinnereien“ recht offen und deutlich wie folgt dargelegt: „Alle Achtung vor dem Unternehmer, der bei anständigen Löhnen noch Wohlfahrts-Einrichtungen schafft, ohne das Recht des Arbeiters auf Zusammenstoß, auf Organisation anzutasten. Dagegen aber müssen wir ganz entschieden protestieren, daß solche Wohlfahrts-Einrichtungen, die man nur als vorenthaltener Lohn bewerten kann, noch dazu benutzt werden, die Rechte des Arbeiters zu unterbinden und ihn zu einem gefügigen Werkzeug des Unternehmerswillens zu machen. Was wir wollen sind nicht Wohlthäter, wir wollen in erster Linie unser Recht.“

Damit haben wir das Wichtigste aus den gemachten Erhebungen wiedergegeben. Unsere Kollegen und Kolleginnen werden uns beipflichten, wenn wir sagen, daß

die Erhebungen trotz ihrer Lückenhaftigkeit doch noch des Interessanten genug bieten. Es sollte das für uns alle ein Ansporn sein, die in den einzelnen Branchen und Betrieben bestehenden Verhältnisse genau zu erforschen und in Zukunft derartige Umfragen deutlich und gewissenhaft zu beantworten. Mögen die gemachten Ausführungen auch erneut den Anstoß zu einer regen Werbetätigkeit unter den in den Spinnereien beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen geben. Vor allem aber wäre zu wünschen, daß die letzteren selbst sich zu energischer Tat aufraffen, um durch eigene Kraft mit Hilfe der Organisation die bestehenden Mißstände zu beseitigen.

Wird sich das Geschäft der deutschen Textilindustrie mit Amerika wesentlich heben?

Die Vereinigten Staaten Amerikas haben durch die außergewöhnliche Höhe ihrer Zölle und die rückwärts- wie, schikanöse Behandlung der zollgesetzlichen Bestimmungen namentlich deutschen Waren gegenüber das Ausfuhrgeschäft der deutschen Textilindustrie nach der Union wesentlich erschwert und verschlechtert. Nun ist die amerikanische Präsidentschaftswahl bekanntlich zugunsten der Demokraten ausgefallen und des neuen Präsidenten, Wilsons, vornehmliche Aufgabe ist es, an eine Revivierung der Zollfrage nach unten heranzutreten. Die Vorbereitungen für die Zollrevision sind bereits im Gange. Zahlreiche deutsche Textilindustriellen versprechen sich recht viel davon und verbinden damit die Hoffnung auf wesentliche Verbesserung des Geschäfts nach Amerika.

Wir sind der Ansicht, daß diese Hoffnungen nicht zu hoch gespannt werden dürfen und finden unsere Meinung bestätigt in einem Artikel, den Edgar Bauer, ein guter Kenner amerikanischer Verhältnisse, in der Frl. Fg. schreibt. Er sagt, daß darüber keine Zweifel bestehen dürfen, daß die Ermäßigung der Zollfrage nur sehr bescheiden sein wird und daß sie sich in erster Linie auf die Textilzölle erstrecken wird. Die Textilindustriellen drohen bereits, die Betriebe zu schließen, wenn die Zollrevision bedeutend sein würde.

Die gegenwärtigen Zollsätze betragen für Wolllwaren 90-200 Prozent vom Werte, für Baumwollwaren 40-50 Prozent. Die hohen Zollwaren zölle begünstigen in erster Linie den amerikanischen Wollltrust, der nach Moody etwa 60 Prozent der Industrie kontrolliert. Die Baumwollwaren zölle kommen mehr dem distributiven Manufakturwarenhandel zugute als der Industrie.

Die Mehrheit des Repräsentantenhauses hat bereits im vorigen Jahre die Underwood Bill angenommen, die die Woll- und Baumwollwaren zölle durchschnittlich um die Hälfte herabsetzte. Bekanntlich scheiterte die Underwood Bill, die vor allem für die Wahlkampagne bestimmt war, an dem erwarteten veto des Präsidenten Taft. Taft begründete sein veto damit, daß die Zollfrage, unabhängig von politischen Fragen, genau untersucht werden müsse. Nach den Forderungen seiner Partei solle der Zoll für den höheren Produktionslosten entsprechen und es sei deshalb objektiv festzustellen, wie groß die Differenz in den Produktionskosten sei. Auf Tafts Veranlassung wurde ein „Tariff Board“ eingesetzt, der durch zahlreiche Agenten vergleichende Untersuchungen über die Produktionsbedingungen der einzelnen Länder und die Wirkung der amerikanischen Zölle anstellen sollte. Um den Tariff Board unpolitisch zu gestalten, wurde bestimmt, daß die Berichte nur Tatsächliches enthalten, nicht aber Vorschläge machen sollen.

Die je zweibändigen Berichte des Tariff Boards über die Woll- und Baumwollwarenindustrie sind inzwischen erschienen. Sie enthalten viel interessantes Material. Trotz mancher Mängel muß man den Willen zur Objektivität anerkennen. Diese Tatsache ist vielleicht der Grund dafür, daß die Berichte von Seiten der Interessenten lebhaft angegriffen werden. Taft hat beide Berichte mit einem Vorworte versehen, das die Ergebnisse der Untersuchungen zusammenfaßt. Diese Ergebnisse zeigen, daß die Produktionskosten der Wollindustrie tatsächlich bedeutend höher sind als in Europa, daß aber andererseits die bestehenden Zölle für Garne und für billige und schwere Gewebe die Differenz in den Produktionskosten weit übersteigen. Taft selbst empfiehlt eine entsprechende Zollermäßigung für die billigen Qualitäten. Er schreibt:

„Obgleich die Zölle die inländischen Preise nicht um den vollen Zollbetrag erhöhen, ist es richtig, daß solche prohibitive Zölle die Möglichkeit ausländischer Konkurrenz auch zu Zeiten eines starken Warenmangels ausschließen und daß sie ferner dazu reizen, die inländischen Preise zu kontrollieren.“

Während die Wollwarenindustrie nach dem Berichte einen gewissen Zollschutz benötigt, ergibt der Bericht über die Baumwollindustrie, daß die hohen Zollsätze sich hier auch vom Standpunkte der Schutzzöllner nicht begründen lassen. Die Kosten für Spinner sind allerdings in Amerika etwas höher als in England. Die Garnezölle haben aber wenig Bedeutung, weil die amerikanischen Baumwollweberereien (aus Gründen, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann) ausnahmslos ihr Garn selbst spinnen und kein Garn kaufen. Im Gegensatz zu den Spinnkosten sind die Gewebekosten für die billigen und mittleren Standardqualitäten niedriger als in Europa. Der Grund liegt darin, daß die für Amerika typische Herstellung von Standardqualitäten eine intensivere Ausnutzung der Maschinen ermöglicht, als sie selbst in England möglich ist. Die teuren Arbeitslöhne haben die amerikanischen Fabriken gezwungen, die Maschinen-

technik bedeutend weiter zu entwickeln und sehr kostspielige Maschinen zu gebrauchen, die aber bei entsprechender Ausnutzung die hohen Anschaffungskosten und vor allem die hohen Arbeitskosten aufwiegen. Aus dem gleichen Grunde stellen sich auch die Veredelungskosten in Amerika durchschnittlich niedriger als in England oder Deutschland.

Diese Ergebnisse der Berichte zeigen, daß die hohen Zölle auf billige Rohgewebe ebenso wie die bedeutenden Zollausschläge für veredelte Waren von der amerikanischen Baumwollindustrie nicht benötigt werden. Sie zeigen aber auch, daß eine Zollerhöhung, selbst wenn sie beträchtlich wäre, die Einfuhr kaum steigern wird, da die billigen Massenkonsumqualitäten heute in Amerika bereits billiger hergestellt werden als im Ausland. Die Wirkung einer Zollerhöhung wird aber für den amerikanischen Konsumenten trotzdem wertvoll sein, denn, wie die Berichte zahlenmäßig zeigen, sind die Verkaufspreise auch der billigen Standardqualitäten heute in Amerika bedeutend höher als im Ausland.

Im Gegensatz zu den billigen und mittleren Qualitäten, sind die Produktionskosten der besseren Qualitäten sowohl in der Wollindustrie wie in der Baumwollindustrie unverhältnismäßig höher als in Europa. Dies erklärt sich daraus, daß in den Herstellungskosten der feinen Qualitäten der Faktor Arbeit eine weit bedeutendere Rolle spielt und daß es in der Erzeugung dieser Sorten noch nicht möglich war, die gelernte Arbeit durch Maschinen zu ersetzen. Für hochwertige Qualitätsprodukte sind daher die Produktionsbedingungen in der amerikanischen Textilindustrie außerordentlich ungünstig. Nur exorbitante Zölle können die Herstellung dieser Artikel in Amerika künstlich ermöglichen. Als konsequenter Schutzzöllner fordert Tarif für die teureren Qualitäten Beibehaltung hoher Wertzölle. Wenn die Demokraten ebenso konsequent Finanzzöllner wären, müßten sie die prohibitiven Zölle für hochwertige Stoffe bedeutend ermäßigen, um im Interesse der Konsumenten und des Fiskus die Einfuhr derjenigen Artikel, für die Amerikas Produktionsfaktoren sehr ungünstig sind, zu erleichtern. Hier dürfte sich aber zeigen, daß die demokratische Mehrheit heute durchaus schutzzöllnerisch ist, trotz des abweichenden Programms. Der Gedanke an die unbedingten Erziehungszölle, ohne Rücksicht auf die gegebenen Produktionsbedingungen, vielleicht auch der Glaube an die „unbegrenzten Möglichkeiten“ ist in Amerika so fest eingewurzelt, daß die Berichte des Tariff Boards nicht ausreichen, um eine bedeutende Zollerhöhung für die teureren Stoffe wahrscheinlich zu machen. Aller Voraussicht nach werden die Demokraten dem Vorschlag Tarifs folgen und die Wertzölle, vielleicht etwas moderiert, beibehalten.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß sich kaum die Erwartungen erfüllen werden, die die deutsche und englische Textilindustrie an die Wahl Wilsons geknüpft haben.

Die Zahlung von Hausgeld durch die Krankenkasse bei Krankenhausbehandlung des Versicherten.

(Aus der Halbmonatszeitschrift „Der Versicherungsbote“.)
Die Krankenkasse ist bekanntlich anstelle der Krankenpflege und des Krankengeldes Krankenhauspflege treten lassen. Wenn jemand von der Krankenkasse einem Krankenhaus überwiesen wird, der bisher von seinem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten hat, so ist auch ein Hausgeld für die Angehörigen im Betrage des halben Krankengeldes zu zahlen. Diese Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes ist auch in die RVD. übernommen worden. Ein Unterschied besteht nur insofern, als die RVD. dieses halbe Krankengeld „Hausgeld“ nennt, während man es bisher allgemein als „Angehörigenkrankengeld“ bezeichnete. An der Sache selber ist nichts geändert worden. Ein Antrag, das Hausgeld auf drei Viertel statt auf die Hälfte des Krankengeldes festzusetzen, wurde in der Reichstagskommission abgelehnt.

Erste Voraussetzung für den Anspruch auf Hausgeld bleibt nach wie vor, daß der Kranke Angehörige „bisher“ „ganz oder überwiegend“ von seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat. Das Wort „bisher“ muß nach Entscheidungen höchster Gerichtshöfe so verstanden werden, daß der Betreffende in der Zeit unmittelbar vor seiner Erkrankung, wenn auch nicht gerade bis unmittelbar vor seiner Unterbringung ins Krankenhaus, den Unterhalt von Angehörigen aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat. In folgendem Falle wurde der Anspruch auf Hausgeld verneint: Ein verheirateter Dachdecker nahm in einem anderen Orte Arbeit an und wurde dadurch Mitglied einer Innungskasse. Seine Familie blieb an seinem Wohnort zurück. Später verunglückte er und wurde vom 6. Dez. bis 3. April in einem Krankenhaus verpflegt. Zunächst hob eine Frau, die als Frau des Verletzten quittierte, bis inkl. 31. Dez. das Hausgeld ab. Dann stellte die Kasse die weitere Zahlung ein, weil inzwischen die Ehefrau des Verletzten auf dessen Veranlassung ihre Ansprüche geltend machte. Auch der Ehefrau gegenüber wurde Zahlung verweigert, weil ihr Mann den Unterhalt seiner Angehörigen nicht überwiegend bestritten habe. In einer Klage gegen die Kasse machte die Frau geltend, ihr Mann habe kurz vor dem Unfall wieder begonnen, ihr namhafte Zuwendungen zu machen, und sei an weiteren Zuwendungen nur durch den Unfall gehindert worden. Erzdohem wurde die Klage abgewiesen.

Für ein im Krankenhaus geborenes Kind kann die Mutter ebenfalls kein Hausgeld fordern. Doch besteht

ein solcher Anspruch, wenn das Kind kurz vor dem Eintritt der Krankenhausbehandlung der Mutter geboren ist. — Nach dem Tode des Vaters werden häufig die Kinder Ernährer der Mutter und ihrer kleinen Geschwister. Ebenso werden Kinder häufig die Ernährer ihrer Eltern, wenn z. B. der Vater alt und arbeitsunfähig wird. In diesen Fällen besteht natürlich auch eine Verpflichtung zur Zahlung des halben Krankengeldes, wenn die für den Unterhalt Sorgenden einem Krankenhaus überwiesen werden. Doch werden vielfach an die Kassen ganz unberechtigte Anforderungen gestellt. So beanspruchte z. B. kürzlich ein Schachtmeister, der dauernde Arbeit und einen Tagelohn von 7 M. pro Tag hatte, von einer Krankenkasse die Zahlung des halben Krankengeldes, als sein 18-jähriger Sohn erkrankte, der nur nur etwa 3 M. verdiente. Der Vater begründete das damit, daß er viele Kinder habe und es doch nicht seine Sache sei, allein für diese zu sorgen! Aber auch, wenn der Vater einen geringeren Verdienst hat als der Sohn, welcher seinen ganzen Verdienst der Mutter abgibt, besteht nur dann ein Anspruch auf Hausgeld, wenn der Sohn eben überwiegend zum Unterhalt der Familie beigetragen hat. Das ist jedoch nicht angenommen worden, wenn der Vater 2,50 M. und der erwachsene Sohn 3 M. pro Tag verdiente. Als das, was den Eltern zutritt, kann nur gerechnet werden, was nach Bestreitung der Lebensbedürfnisse des Sohnes, einschließlich Kleidung, Wäsche, Wohnung usw. noch übrig bleibt.

Wenn mehrere Mitglieder einer Familie erwerbstätig sind, dann hat nur der Haupternährer einen Anspruch auf Hausgeld. Der Haupternährer kann jedoch auch die Ehefrau sein.

Angehörige sind nicht nur Ehegatten und Kinder. Es fallen darunter vielmehr alle Verwandte und Verschwägerter, jedoch nicht solche Personen, die lediglich Hausgenossen sind, wie z. B. Wirtschaftserinnen und Konkubinen. Uneheliche Kinder sind nur Angehörige der Mutter, nicht solche des Vaters. Boreheliche Kinder der Mutter, sowie für ehelich erklärte Kinder sind jedoch auch Angehörige des Mannes.

Das Hausgeld ist auch zu zahlen, wenn die Angehörigen sich im Auslande befinden. Ferner dann, wenn der Kranke wegen Simulationsverdacht dem Krankenhaus nur zur Beobachtung überwiesen wird. Es kann auch dann verlangt werden, wenn der Kranke selber keinen Anspruch auf Krankengeld hat, weil er sich die Krankheit durch schuldhaftige Beteiligung an einer Schlägerei zugezogen hat.

D schaffe, was es sei, nach deinen Gaben,
Ein Lied, ein Bild, am Webstuhl oder Pflug.
Nur mußt du hochgesetzt das Ziel dir haben,
Und was du leistest, sei dir nie genug.
Eaß nie die Kraft, den Willen dir erschaffen,
Vom Hohen dich zum Höchsten aufzuraffen.
Erst, wenn dein Geist nach Fortschritt ewig geizt,
Wenn ewig die Vollendung lockt und reizt,
Dann lebst du erst, es leben nur, die schaffen.

Weitere Voraussetzung ist, daß die Krankenkasse die Krankenhauspflege selbst verfügt hat. Der Anspruch auf Hausgeld besteht daher z. B. nicht, wenn jemand im Wege der freiwilligen Wohltätigkeit einem Genesungsheim überwiesen wird, sofern die Krankenkasse nicht wenigstens nachträglich die Unterbringung für ihre Rechnung genehmigt hat. Er besteht auch nicht, wenn der Versicherte im Wege der Armenpflege oder auf Veranlassung der Versicherungsanstalt ins Krankenhaus aufgenommen wird. In diesen Fällen kann der Armenverband oder die Versicherungsanstalt das 1/2 fache Krankengeld von der Krankenkasse als Ersatz beanspruchen, wenn letztere die Tragung der Krankenhauskosten ablehnt. Daneben noch etwas an den Versicherten oder dessen Angehörige zu zahlen, sind die Krankenkassen weder verpflichtet noch berechtigt.

Wenn auch der eigentlich Forderungsberechtigte gegenüber der Kasse der Versicherte selber ist, so kann das Hausgeld jedoch auch direkt an die Angehörigen gezahlt werden. Das ist seit dem Jahre 1892 ausdrücklich im Gesetz festgelegt worden. Es ist demnach in das Ermessen der Kasse gestellt, je nach Umständen an den Erkrankten oder an die Angehörigen zu zahlen. Damit hat die Krankenkasse die Möglichkeit, das für die Angehörigen bestimmte Krankengeld dem Erkrankten zu entziehen, wenn die Gefahr besteht, daß dieser dasselbe für sich verwenden, z. B. vertrinken würde.

Wenn nach dem Statut auch für Sonn- und Feiertage Krankengeld gezahlt wird, so gilt das auch für das Hausgeld. Wenn die Krankheit durch einen Betriebsunfall hervorgerufen ist, dann erhöht sich das Hausgeld von der 5. bis zur 13. Woche entsprechend. Bei einem Durchschnittsverdienst von drei Mark würde das Hausgeld 75 Pf. pro Tag betragen, sich aber mit dem Unfallzuschuß in der erwähnten Zeit auf eine Mark erhöhen. Ob das Hausgeld auch für die Pausentage zu zahlen ist, ist freitragend. Die Mehrheit der Kommentare verneint dieses. Wir schließen uns der Meinung an, weil das Hausgeld nur für diejenigen Tage zu zahlen ist, an denen der Versicherte Anspruch auf Krankengeld hätte.

Allgemeine Rundschau.

Ein Entwurf zu einem preussischen Wohnungsgesetz. Unlängst hatte der Staatssekretär Deibrück bestimmte Versicherungen bezügl. einer gesetzlichen Inangriffnahme der Wohnungsfürsorge gegeben. Er hatte dabei die Frage offen gelassen, ob die Bundesstaaten oder das Reich die Sache machen sollten. Die gesetzliche Arbeit sollte sich in der Hauptsache in folgender Richtung bewegen.

1. Vorschriften über Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen (Lage, Luft, Zufuhr von Licht und Luft in die Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume, Zahl und Anlage der Aborte, Schlafstellen usw.).
2. Vorschriften über eine amtliche Wohnungsaufsicht durch Orts-, bezw. Bezirks- und Landeswohnungsämter und einem Reichswohnungsamt als Zentralstelle für das gesamte Wohnungswesen.
3. Errichtung von Pfandbriefanstalten im Anschluß an die Versicherungsanstalten zu dem Zweck, um unter Sicherung durch das Reich nach festen Bestimmungen möglichst hohe Pfandbriefdarlehen auf Hausgrundstücke mit Kleinwohnungen sowohl an Baugenossenschaften als auch an Privatpersonen zu gewähren.
4. Regelung des Wohnungsnachweiswesens.
5. Ausbau des Erbhausechts zum ausgedehnten Gebrauch für den Kleinwohnungsbau.

Nunmehr ist Preußen vorangegangen und hat einen Gesetzentwurf der Beschaffung übergeben, der zwar nicht in allen Punkten den hier dargelegten Grundzügen Rechnung trägt, jedoch im allgemeinen mit einem großen Wurf das ungeheure schwierige Problem der Wohnungsfürsorge in Angriff zu nehmen verucht.

Der Entwurf sieht Bestimmungen vor, die die Beschaffung billigen, geeigneten Baugeländes und die Bekämpfung der ungesunden Grundstückspekulation bezweckt. Das Hauptziel des Gesetzentwurfs ist, die Herstellung kleiner Wohnungen zu fördern, die in gesundheitlicher, sittlicher und sozialer Hinsicht einwandfrei sind. Gemeinden und Gutsbezirke mit mindestens 10 000 Einwohnern können Wohnungsordnungen erlassen, in denen vorgeschrieben wird, daß als Wohn- oder Schlafräume (auch Küchen) nur solche Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen baupolizeilich genehmigt sind.

Die Wohnungsordnungen können ferner insbesondere Vorschriften treffen über:

1. eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende bauliche Beschaffenheit und Instandhaltung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen);
2. eine den Anforderungen des Familienlebens entsprechende Trennung der von verschiedenen Haushaltungen benutzten Wohn- und Schlafräume (auch Küchen) voneinander;
3. die Zahl und die Beschaffenheit der erforderlichen Kochstellen, Aborte, Wasserentnahmestellen und Ausgänge;
4. die im gesundheitlichen und sittlichen Interesse zulässige Belegung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen);
5. die Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der von Dienst- oder Arbeitgebern ihren Dienstboten oder Gewerbegehilfen (Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen) zugewiesenen Schlafräume;
6. die Bedingungen, unter denen die Aufnahme nicht zur Familie gehöriger Personen gegen Entgelt als Zimmermieter (Zimmerherren, Chambregarnisten), Einleger (Einlogierer, Miet-, Kost- und Quartiergänger) oder Schlafgänger (Schläfer, Schlafleute, Schlafstellet, Schlafgäste, Schlafbürchen und -mädchen) statthaft ist.

Durch Polizeiverordnungen, durch welche die Unterbringung von Arbeitern geregelt wird, können Mindestanforderungen hinsichtlich der Beschaffenheit, Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der Unterkunftsräume und ihres Zubehörs festgesetzt sowie die zur Durchführung der Bestimmungen erforderlichen Vorschriften, insbesondere hinsichtlich der Anzeigen, Aushänge usw. vorgegeben werden.

Für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern ist zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein Wohnungsamt zu errichten, das mit dem erforderlichen, in geeigneter Weise vorgebildeten Personal, insbesondere mit einer genügenden Anzahl beamteter Wohnungsaufsichter, besetzt sein muß; dem Wohnungsamt können auch ehrenamtlich tätige Personen als Mitglieder angehören. Mehrere Gemeinden können sich mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Errichtung eines gemeinsamen Wohnungsamtes für ihre Bezirke vereinigen. Unter der gleichen Voraussetzung kann auch ein weiterer Kommunalverband für seinen Bezirk oder Teile seines Bezirks ein gemeinsames Wohnungsamt errichten.

Es wird sich im Laufe der nächsten Wochen Gelegenheit finden, auf den ganzen Entwurf eingehender zu sprechen zu kommen.

Endlich gefunden. Es gibt ja Leute, die das Gras wachsen und die Fische husten hören. Sie haben nun auch endlich gefunden, warum der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im vorigen Jahre im Ruhrkohlenbecken und jetzt im Saarrevier nicht streikte. Die linksliberale „Berliner Volkszeitung“, die ihr gleichgültige Halbmonatschrift „Janus“ wissen es. Die sozialdemokratischen Blätter drucken es natürlich nach.

In den Blättern wird den erstaunten Lesern u. a. ganz ernsthaft erzählt, Zentrumspolitikern hätten mit den rheinisch-westfälischen Industriemagnaten einen regelrechten wahlpolitischen Kuhhandel abgeschlossen, wobei sich die Führer der christlichen Gewerkschaften im Ruhrbecken, Giesberts, Schiffer, Effert, Imbusch und Genossen, für das Unternehmertum und gegen jeden Streik der Bergleute erklären müßten. Das alles sei in geheimen Konventionen festgelegt worden. Als Entgelt von seiten der Großkapitalisten habe Kardinal Fischer in drei Raten einen Peterpfennig — angeblich anderthalb Millionen Mark — nach Rom getragen.

Ferner weiß die erfindische Sensationspresse zu „enthalten“, daß die christlichen Gewerkschaftsführer am Tage vor dem außerordentlichen Offener Gewerkschaftskongress in einer Geheimkonferenz in Köln sich be- und wehmütig voll-

ständig unterworfen und andern Tages in Offen nur eine abgekartete Komödie aufgespielt hätten. So würden die katholischen und evangelischen Arbeiter betrogen und hinterlistig geführt.

Zur Kennzeichnung dieser „Enthüllungen“ genügt es wohl, wenn wir sagen, daß sie nichts anderes als ein aufgelegter Schwindel sind, an dem auch kein einziges Wort wahr ist.

Sozialdemokratie und Arbeiterinnenschutz. In seiner (Mägdis) verunglückten Reichstagsrede sprach der „Magel-schuhpolitiker“ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, Herr Krätzig, auch über die Schäden der Fabrikarbeit verheirateter Frauen. Er wies darauf hin, daß die Arbeit verheirateter Frauen in der Textilindustrie einen großen Umfang angenommen habe. Dabei sei zu bedenken, daß auf der Frau ohnehin schon die kolossale Last der Mutterpflicht ruhe und daß es geboten wäre, dafür zu sorgen, daß wir einen gesunden und kräftigen Arbeiterstand bekämen. Dazu sei aber erforderlich, daß man die Arbeitszeit heruntersetze und den Frauen die Möglichkeit gebe, durch Freigabe des Samstagnachmittags ihren häuslichen Pflichten nachzukommen.

Das stimmt! Ganz unsere Ansicht. Aber Herr Krätzig hätte besser getan, über diese Dinge nicht zu reden, weil er darin ein sehr unreines Gewissen hat. Er scheint ganz vergessen zu haben, daß er vor Jahren einen ganz anderen Standpunkt eingenommen hat, als es sich darum handelte, eine unverantwortliche Schädigung der Textilarbeiterinteressen durch sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete zu verteidigen.

Es war gelegentlich der Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle in der Kommission des Reichstages im Oktober 1908. Es war jene Novelle, die zum größten Teil 1910 in Kraft trat und uns u. a. auch den Nehestundentag für Arbeiterinnen brachte. In der Reichstagskommission wurde von dem bekannten verdienten Sozialpolitiker Professor Hize ein Antrag eingebracht und verteidigt, der die Arbeitszeit für verheiratete Frauen generell auf neun Stunden und an Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen auf sechs Stunden festsetzen wollte. Der Antrag war eingebracht worden, um die gewerblich tätigen Frauen nach Möglichkeit zu entlasten und ihnen die Pflege ihrer familiären Aufgaben nach Möglichkeit zu erleichtern. Es war damals von Herrn Professor Hize, ganz im Sinne der jetzigen Ausführungen Krätzigs, gesagt worden, daß der Antrag seine Begründung finde in der Tatsache, daß die verheirateten Frauen ohnehin die Last der Mutterpflicht und der häuslichen Arbeit zu tragen hätten und daß man ihnen durch Freigabe des Samstagnachmittags die Möglichkeit bieten müsse, ihren häuslichen Pflichten nachzukommen.

Was geschah nun? Der Regierungsvertreter machte sich zum Verfechter der unsozialen Ansichten der Textilindustriellen und bekämpfte den Antrag. Ihm sprang der sozialdemokratische Abgeordnete Wollenbührer entgegen. Bei der Abstimmung wurde der Neunstundentag mit Hilfe der Sozialdemokraten abgelehnt.

Ein anderer Antrag wollte verbieten, daß Arbeiterinnen auf Bauten zum Stein- und Mörteltragen verwendet werden. Dieser Antrag wurde von dem Sozialdemokraten Sadthagen bekämpft; er könne es nicht finden, daß das Stein- und Mörteltrassen von Arbeiterinnen „so was Schreckliches“ sei. Bei der Abstimmung stimmten von drei sozialdemokratischen Vertretern einer (Schmidt) für den Antrag, einer (Sadthagen) dagegen, einer (Wollenbührer) enthielt sich der Abstimmung.

In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Köln kam die Stellungnahme der drei Genossen zu den genannten Frauenschutzanträgen zur Sprache und zwar nach einem Bericht des „Vorwärts“ (Nr. 190/1909 1. Beilage) in folgendem Sinne:

„In der Generalversammlung der Parteigenossen von Köln Stadt und Land wurde sowohl vom Referenten, Parteisekretär Müller, als auch von den Diskussionsrednern an der Reichstagsfraktion Kritik geübt. . . .

Unerhört sei es, daß bei einer so wichtigen Frage des Arbeiterschutzes, wie Frauenarbeit, drei sozialdemokratische Kommissionsmitglieder in dreierlei Weise Stellung genommen hätten, indem der eine dafür, der andere dagegen stimmte und der dritte sich der Abstimmung enthielt.“

Der „Textilarbeiter“, bezw. Herr Krätzig, nahm jedoch einen ganz anderen Standpunkt ein. Als wir nämlich in der „Textilarbeiter-Zeitung“ das Verhalten der Genossen, namentlich zu dem Antrage auf verkürzte Arbeitszeit und freien Samstagnachmittag für die verheirateten Frauen, verurteilten, da gab der „Textilarbeiter“, bezw. Herr Krätzig, einen ganzen Korb Schmutz über uns aus. Er verteidigte das Verhalten seiner Genossen als eine große soziale Tat, wofür die Frauen nur dankbar sein könnten. Er empfahl eine Kaltwasserkur für die, die den Antrag Hize zu verteidigen wagten. Der Antrag gereiche der Arbeiterchaft zum Fluche. So schrieb Krätzig damals in Nr. 50 Jahrg. 1908 des „Textilarbeiters“.

Und heute stellt er sich im Reichstage hin und fordert Schutz für verheiratete Frauen. Verlangt Verkürzung der Arbeitszeit und den freien Samstagnachmittag, damit die Frauen die Möglichkeit haben, ihren häuslichen Pflichten nachzukommen.

Daß jeder denkende Mensch dadurch an die Ehrlichkeit der Absicht des Genossen Krätzig zu zweifeln anfängt, ist wahrhaft nicht verwunderlich. Etwa gute Vertretung ihrer Interessen genießen die Textilarbeiterinnen sicher nicht von einem Menschen, der heute das Gegenteil von dem sagt, was er gestern geschrieben hat.

Haltet den Dieb! Nach dieser Spießbudenmanier verfährt die sozialdemokratische Presse bei dem Krankentassenandal in Bochum. In der Bochumer Ortskassette ist eine arge Mißwirtschaft des abgesetzten Mandanten aufgedeckt worden. Daran sollen, nach der sozialdemokratischen Presse, die christlichen Vertreter schuld sein. Das ist ein dreifacher Schwindel.

Gerade die christlichen Vertreter waren es, die die unrcellen Schliche des verurteilten Mandanten aufdeckten

und dafür gesorgt haben, daß ihm endlich das Saubwerk gelegt wurde.

Wenn dies nicht schon früher geschah, dann aus dem Grunde, weil die Aufsichtsbehörde und Staatsanwaltschaft den vorgebrachten Beschwerden der christlichen Klassenvertreter zuerst kein Gehör schenkten, was alles jetzt gerichtlich festgestellt ist. Die christlichen Vertreter haben mithin voll auf ihre Pflicht getan, und es ist eine sozialdemokratische Frechheit sondergleichen, bei diesem Tatbestand einen „christlichen Ortskrankentassenandal“ zu konstruieren.

Die Frechheit ist noch um so größer, da der betrügerische Mandant ein Schlingling der „Genossen“ war, die ihn gegen das Vorgehen der christlichen Vertreter sogar in Schutz nahmen und ausstrenten, die Christlichen wollten dem Mandanten nur deshalb etwas, weil er auch für die Sozialdemokraten zu sprechen sei. Und bei Krankentassenwahlen standen Mandant und Sozialdemokraten gegen die christlichen Arbeiter.

So sieht die Wahrheit über den Bochumer Ortskrankentassenandal aus. Mit ihrer mehrfachen Kritik schlagen die sozialdemokratischen Blätter jetzt ihren eigenen Anhängern ins Gesicht. Daher auch die äußerst bezeichnende Tatsache, daß die sozialdemokratische Presse in Bochum sich wohl hütet, diese Sache gegen die christliche Arbeiterbewegung auszubringen. Das Ganze ist wieder ein Schulbeispiel der abgrundtiefen Unehrllichkeit sozialdemokratischer Kampfesweise. Mit diesem dreifachen Schwindel möchte die sozialdemokratische Presse den Blick von den sozialdemokratischen Krankentassenandalen à la Solingen ablenken.

Eine elend verunglückte Jungferrede. Der Vertreter des zweiten sächsischen Wahlkreises im Reichstage ist Krätzig, der unseren Lesern „bestens“ bekannte Redakteur des Organs des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Krätzig liebt nach seiner eigenen Aussage „die Politik der Magelschuhe“ und die Artikel, die er verantwortlich zeichnet, zeichnen sich durch ebensobiel Phrasentum als Oberflächlichkeit und Geislosigkeit aus.

Als die sächsischen Textilarbeiter diesen Menschen in den Reichstag schickten, waren sie übel beraten. Krätzig ist der allerniedrigste Vertreter der Textilarbeiterschaft im Reichstage. Seine ganze öffentliche Tätigkeit ist reich an großen Blamagen und bei seinem ersten Auftreten im Wallotbau in Berlin hat er diesem Blamagentranke ein neues, kräftiges Reisklein eingeflochten. Wir nehmen die Sache, wie die Tagespresse darüber berichtete.

Es war bei der Beratung des Etats des Ministers des Innern. Der „Politiker der Magelschuhe“ hielt seine erste Rede und wollte von der Tribüne des Reichstages aus eine donnernde Anklage der herrschenden, verrotteten Gesellschaft ins Gesicht schleudern. Aber o weh — vor einer Versammlung sozialdemokratischer Textilarbeiter läßt sich leichter Phrasen dreschen als im Reichstage, sintemalen, wenn man sie in einer direkt abstoßenden Art vorträgt. Krätzig hatte schon eine Zeitlang gesprochen

Die Teppichindustrie in Persien.

(Nachdruck verboten.)

etc. Es ist kein Zufall, daß die Teppichfabrikation in Persien die Hauptindustrie bildet; sind doch Teppiche gewöhnlich das einzige Meublement, das man in den dortigen Wohnungen antrifft, und auch die Religion schreibt ihren Gebrauch bei Verichtung der Gebete vor.

Als Material dient neben Schafwolle auch das Haar von Ziegen, Kamelen und Yaks, daneben aber auch Seide, Baumwolle, selbst Flachs und Hanf. Die meisten Teppiche werden aus der Wolle der Hammel hergestellt, welche alljährlich zweimal geschoren werden und etwa 1½ Kilogramm Textilmaterial liefern. Am meisten geschätzt ist die Wolle von solchen Tieren, die in kalten Gegenden leben, da sie weicher ist. Zwecks Vorbereitung wird das Woll, wie H. R. d'Allemagne in La Nature mitteilt, zweimal gründlich gewaschen, das zweite Mal in kaltem Wasser, mit der Hand getrempelt und mit Hilfe einer Darmsaiten, welche über ein merkwürdiges harzenartiges Instrument gespannt ist, gestrichen.

Zum Färben bediente man sich früher ausschließlich vegetabilischer Farben, was zwar die Reichhaltigkeit der Töne beschränkte, dafür aber die Künstler zwang, der Farbenharmonie in ihren Mustern die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die persischen Färber benutzten vegetabilische Beizen, wie Gerbstoffe, sowie an mineralischen Beizen schwefeligen Eisen und Kupfer, Chromsäure und doppeltchromsaures Kali. Das Blau wird jetzt durch doppelt-schwarzes Indigo, und Gelb mit Hilfe von Mau (Reseda luteola) erzeugt; zum Rotfärben nimmt man Krapp. Vor einigen Jahren begann man, auch mit Anilinfarben zu färben, welche sich weit leichter anwenden lassen und volle, schöne Töne ergeben. Da sie aber unbeständig sind, bemerkt die Regierung bald, daß der ganze Ruf der persischen Teppiche auf dem europäischen Markte gefährdet war, wenn man nicht bald von der unheilvollen Färbung abließ; sie verbot daher auch seit einigen Jahren die Einfuhr von Anilin aus Iran, und kommt noch einmal etwas Anstalt über die Grenze, so geschieht dies nur durch Schmuggeln.

Es gibt zwei Arten von Webstühlen. Die Kamsaden-bäume bedienen sich eines horizontal liegenden, der wenig Platz einnimmt und leicht transportabel ist. Die Weberstühle an den Boden angelehnt. Wenn der Stamm weitergeht, reißt man die Rollen wieder aus der Erde, und der in Arbeit befindliche Teppich wird aufgerollt, um auf Stühlen oder Kamsadenbäumen bespannt zu werden. Bei den vertikalen Webstühlen sind die Rollen an zwei Weberbäumen befestigt, deren einer an der Decke des Arbeitsraumes und der andere an der Erde befestigt ist. Die Arbeiter oder Arbeiterinnen sitzen auf einem Stuhl, das, ebenso wie bei einem modernen Aufreichtergestell, auf den Sprossen zweier seitlich angelegter Rollen ruht. Die Arbeit an dem Teppich

beginnt unten, und je mehr sie nach oben fortschreitet, umso höher wird das Brett gelegt.

Die alten Teppiche haben nur an einer Seite Franzen, die aus den untereinander verflochten und zusammengebrehten Kettenfäden bestehen. Den Anfang des Teppichgewebes bildet ein Streifen, der ganz aus dem gleichen Material, wie die Kettenfäden, gewebt ist. Die geraden Kettenfäden sind an einem Stabe, die ungeraden an einem anderen befestigt; diese beiden Stäbe werden abwechselnd gehoben, damit das Schiffchen mit der den Einschuß bildenden Rolle hindurchgleiten kann.

Die zur Herstellung des Flores benötigten Wollknäule hat der Arbeiter entweder auf der Erde, oder oberhalb des Teppichs in Reichnähe. Er ergreift ohne Zögern die erforderliche Menge, dreht die nötige Wollmenge längs der Kette, knetet sie und schneidet sie mit schnellem Messerschritt ab. Dies wiederholt er zwei bis drei Fadenreihen lang und drückt dann mit einem Kamm aus hartem Holz die fertigen Stiche zusammen.

Unter den auf der Kette geknüpften Knoten unterscheidet man den türkischen und den persischen, deren ersterer, auch Schirwan-Knoten genannt, besser gedreht und geknüpft ist, als der persische oder Simah, der sehr viel schneller fertiggestellt wird. Jedes Dorf hat eine eigene Art Teppich, welche sich durch Tradition vererbt. Man bedient sich auch keines Kupfers, sondern arbeitet vollkommen frei, ausgenommen wenn für den Export die Wiederholung eines bestimmten Musters ausdrücklich gewünscht wird.

Die Teppichweberei gilt durchaus nicht als entehrendes Handwerk, und selbst vornehme Dames weben in ihren Klammern an einem Teppich. In den Fabriken werden viele Kinder beschäftigt, die von ihren Eltern gegen einen Tagelohn von 20 bis 30 Pfg. durch richtigen Kontrakt an die Fabrikanten auf 8 bis 10 Jahre verpachtet werden. Und bei diesem Lohne verlangen die Fabrikanten auch noch, daß die Kinder viel Arbeit leisten, und beklagen sich sonst bei den Eltern, die Kinder würden zu schlecht verpflegt!

Ein feiner Teppich ist pro Quadratmeter etwa vier Mark wert; dies ist die Arbeit von zwei Tagen eines Arbeiters. Die gleiche Fläche eines groben Teppichs ist kaum 2½ Pfg. wert, ist dafür aber auch in zwei Stunden fertig; bei der letzteren Art verdient daher der Unternehmer beträchtlich mehr.

Man kann vier große Kategorien persischer Teppiche unterscheiden. Den Mitgiftteppich bringt, wie schon der Name besagt, die junge Frau dem Mann als besten Beweis ihrer Geduld, ihrer Geschicklichkeit und ihres guten Geschmacks mit ins Haus. Diese Stücke sind gewöhnlich nur klein, aber sehr regelmäßig gearbeitet; im Muster enthalten sie die Embleme der Jugend und die dem Stamme eigentümlichen Zeichnungen und Farben. In den Thron- und Roschen-Teppichen haben wir die Wiedergabe der von den Dichtern so gefeierten Blumenärten und Blüten; sie zeigen uns Alpen, Blumenböden, je selbst Terrassen und Fontänen; Bäume und Früchte sind in ganz schematischer Art und Weise dargestellt.

Wie der Teppich das einzige Mobiliar des Persers ist, so ist er auch seine letzte Hülle nach seinem Tode. Der Schmuck eines solchen Gewebes ist entweder der heilige Baum oder eine Art Palmblatt mit stark gekrümmter Spitze. Auch ein Muster indischen Ursprungs, auf welchem die Krümmungen des heiligen Flusses Ganges dargestellt sind, wird häufig reproduziert. Diese Teppiche dienen zum Bedecken des Sarkophages in den Begräbnis-Kapellen.

Vom Gebets-teppich hat wohl jeder schon sprechen hören. Zwar kann der Muselman, wenn er seine Seele im Gebet erheben will, hierzu jedes beliebige Stück Zeug nehmen, im Notfall sogar sein eigenes Gewand; doch wird er stets ein besonders für diesen Gebrauch hergestelltes Gewebe vorziehen. Das häufigste Muster auf diesen Gebets-teppichen ist ein Moscheekor mit einem Dom an einer der Schmalseiten, dessen Spitze nach Mekka zu richten ist. Man begegnet im Muster auch nicht selten einem Zirkel oder Dreieck zur Bestimmung des heiligen Punktes, und einem Kamm, um den Gläubigen daran zu erinnern, daß er vor dem Gebet für seine Toilette und seine Waschungen zu sorgen hat.

Es gibt verschiedene große Schulen für die Teppichfabrikation, deren älteste vielleicht die von Ispahan ist. Sie schafft wahre Gärten, mit sehr natürlichen Rosen, Veilchen und Tulpen.

Auf den Kerman-Teppichen findet man Salems oder Blumenbuketts in sehr zierlicher Anordnung. In der Mitte findet sich häufig ein blumenumschlungenes Medaillon. Bei den Kerman-teppichen kommen auf das Quadratdezimeter 3000—4000 Stiche.

Die Herat- und die Faraghan-Teppiche weisen spießbogensförmige Blätter auf, welche auf der einen Seite beleuchtet sind und auf der andern im Schatten liegen. Der Fond ist dunkelblau, manchmal auch tiefrot.

Die Chorassan-teppiche bieten den Anblick, als ob eine Fülle abgechnittener Blumen über ein Rajenbeet verstreut wäre. Der Rand zeigt Palmenarrangements oder Blumenkombinationen.

Die feinste Schule, welche die Sinnah- und Kurdistanteppiche umfaßt, charakterisiert sich durch die besondere Art ihres Knotens. Die Kette ist aus Seide oder Baumwolle; der Flor ist von besonderer Feinheit, und die Einzelheiten sind in reicher Fülle ausgearbeitet. Der Kurdistan ist durch ein geradliniges Gitter eingeteilt, und jedes Feld füllt eine Rosette, Rose, blaue und gelbe Töne herrschen vor. Die Ränder sind schmal und bestehen aus großen, übereinandergelegten Blumen.

Die Schule von Hamadan bedient sich für den Grund besonders der Kamelwolle ohne Färbung, und zwar wählt sie dieselbe mehr oder weniger dunkel, wodurch sie hübsche, eigenartige Fondwirkungen erzielt. Die Teppiche dieser Schule sind leicht an ihrem gelblichweißen Ton kenntlich.

Die Erzeugnisse der Schule von Shiras zeichnen sich durch besonders leuchtende Farben aus. Sie ist ebenso geschickt in der Nachahmung schillernden Vogelgefieders, wie funkelnder Edelsteine. Der meist blaue Fond weist die prächtigsten Reflexe auf.

und noch nichts gesagt, was mit dem Etat des Reichsamt des Innern im Zusammenhang stände. Der amtierende Präsident Baasche bat ihn, doch zur Sache zu sprechen — Krätzig redet weiter. Der Präsident wiederholt seine Mahnung, dann nochmals und wieder einmal — Krätzig drückt seine Proteste weiter. Viele Abgeordnete ließen aus dem Saale, von den andern hörte ihn keiner zu. Als der Präsident ihn darauf aufmerksam machte, daß er das Haus befragen müsse, ob Krätzig noch weiter das Wort haben solle, falls er nicht bald zur Sache spräche, stimmten die anwesenden Vertreter der bürgerlichen Parteien lebhaft zu. Sie waren des Redners überdrüssig. Schließlich sah der Unglücksmensch gezwungen, mitten in der Rede abzubrechen und unter erleichtertem „Gott sei Dank“ und teilweisen Heiterkeitsausdrücken der Vertreter bürgerlicher Parteien sich auf seinen Platz zu setzen.

Das war das erste Auftreten des „Nagelschuhpolstikers“ im Reichstage. Ob er mit wonnigen Gefühlen oft daran zurückdenken wird? Und ob er nun einsehen wird, wie viel er noch lernen muß, bevor er eine halbwegs verständliche Rede, die Sinn und Verstand hat, halten kann?

In der Tagespresse wird über das Auftreten Krätzigs u. a. folgendes berichtet. Als Vizepräsident Dr. Baasche dem Redner nach wiederholten Mahnungen, zur Sache zu sprechen, in Aussicht stellte, „daß er gegebenenfalls das Haus fragen werde, ob es geneigt sei, den Redner weiter anzuhören, wollte sich der Abgeordnete diese Frage nicht aussetzen und brach seine Rede ab, was wohl von keinem Zuhörer bedauert wurde; denn Herr Krätzig ist in allen Beziehungen das Gegenteil dessen, was man einen sympathischen Redner zu nennen pflegt. Das Haus brachte ihm eine Unaufmerksamkeit entgegen, wie sie selbst im deutschen Reichstage ganz ungewöhnlich ist.“

Die Textilarbeiter haben alle Veranlassung, an solchen angeblichen Vertretern ihrer Interessen möglichst weit abzurufen.

Der „Textilarbeiter“ über die Reichstagsrede Krätzigs. Der linksliberale Politiker, der bekannte frühere Abgeordnete Naumann, brachte unlängst eine hübsche Kennzeichnung der Parlamentsberichterstattung der sozialdemokratischen Presse. Was die eigenen Parteijünger sagten, würde nur im besten Lichte dargestellt. Wenn man die Parlamentsrede eines Genossen am anderen Morgen im „Vorwärts“ lese, so ercheine das für die Eingeweihten „wie ein Stück aus einer anderen Welt.“ Es sei die Uebersetzung des parlamentarischen ins Agitatorische.

Wie recht Naumann mit der Behauptung über die Unwahrscheinlichkeit und Ausschneiderei der sozialdemokratischen Parlamentsberichterstattung hat, dafür liefert der „Textilarbeiter“ wieder einen Beweis. Wir berichten an einer anderen Stelle in dieser Zeitung darüber, daß der Redakteur des „Textilarbeiters“, Krätzig, mit seiner Jungfernrede im Reichstage sehr böse aufgefallen ist. Was macht nun der „Textilarbeiter“ daraus? Unter der Ueberschrift: „Rede des Reichstagsabgeordneten Kollegen Krätzig über die Förderung der Textilindustrie durch wirtschaftliche Hebung der Arbeiter“ bringt er die kaum 1/2 Spalten füllende „Rede“ Krätzigs mit folgender Einleitung:

„Bei der Beratung des Etats des Innern ergriff im Reichstage am 23. Januar 1918 unser Kollege Krätzig das Wort, um bei dem Titel: „Förderung von Handel und Gewerbe“ die soziale Lage der Textilarbeiter zu schildern und zu zeigen, daß man Handel und Gewerbe am besten fördert, wenn man für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter sorgt. Kollege Krätzig hatte hierbei einen sehr hartnäckigen Kampf mit dem gerade amtierenden Vizepräsidenten Dr. Baasche zu bestehen, der bekanntlich selbst ein großer Unternehmer ist und der, unter dem Geheule der Rechten des Hauses, wohl nicht gelten lassen wollte, daß die Arbeitskraft der Hauptfaktor bei der Förderung von Handel und Gewerbe sei und sie demgemäß in erster Linie gefördert, nicht aber, wie heute besonders in der Baumwollindustrie üblich, vernichtet werden dürfe. Kollege Krätzig ließ sich aber durch die Unterbrechungen des Vizepräsidenten und den Lärm der Rechten, die natürlich die Stimme der Arbeiter nicht hören will, nicht verblüffen. Unter Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion setzte er es durch, die Ausführungen machen zu dürfen, die er im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes über die soziale Lage der Textilarbeiter machen wollte.“

Das mutet wirklich an „wie ein Stück aus einer anderen Welt.“ Die Leser des „Textilarbeiters“ werden in den Glauben versetzt, als ob Krätzig eine Glanzleistung für sie vollbracht und sich in äußerst wirkungsvoller Weise der Interessen der Textilarbeiter angenommen habe. Krätzig erscheint da in der Rolle des starken, unentwegt mutigen Mannes, der mit dem Schein des parlamentarischen Martyrertums umgeben wird. Darum der Hinweis auf den „hartnäckigen Kampf mit dem gerade amtierenden Vizepräsidenten Dr. Baasche“. Die Bemerkung, daß Baasche „bekanntlich selbst ein großer Unternehmer ist“, der nicht anerkennen will, „daß die Arbeitskraft der Hauptfaktor bei der Förderung von Handel und Gewerbe sei und sie demgemäß in erster Linie gefördert“ werden müßten, bringt die Leser des „Textilarbeiters“ in die erwünschte Entrüstung gegen den Vertreter des „blutlaugenden Kapitalismus“, und in die ebenso erwünschte „dankbare Anerkennung“ für den Mann, „der sich in so selbstloser und mutiger Weise „jenen Kapitalistenjüngern“ entgegenwarf und durchsetzte, daß er „Ausführungen über die Lage der Textilarbeiter“ machen durfte.“

Tatsache ist dagegen, daß das Auftreten Krätzigs alles andere, nur nicht ruhmvoll, für ihn gewesen ist. Tatsache ist, daß er fortwährend an der Sache vorbeiredete und darum wiederholt zur Sache gerufen werden mußte. Tatsache ist, daß er selbst bei seinen eigenen Genossen wenig Aufmerksamkeit fand und die Vertreter der bürgerlichen Parteien den schalen Phrasenbruch Krätzigs nicht anhören konnten und darum entweder weggingen oder ihm gar nicht zuhörten. Als

er die übrigen Abgeordneten lange genug malträtiert hatte, brach er mitten in seiner famos „Rede“ ab. Tatsache ist, daß er sich dem Gelächter und Gespött vieler Abgeordneten ausgesetzt und seine nur zum kleinsten Teile gehaltene „Rede“ der Textilarbeiterschaft mehr geschadet denn genützt hat.

Obiger schöngefärbter Bericht ist deshalb gar nicht verwunderlich, weil ihn kein anderer geschrieben hat als — der Reichstagsabgeordnete Kollege Krätzig selbst.

Die Konsumvereine müssen von sozialistischem Geiste erfüllt sein. Im Korrespondenzblatt (Nr. 3, 1918) der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften schreibt Aug. Winnig einen Artikel über die „Stellung der Genossenschaften zur Arbeiterbewegung.“ Er weist einleitend darauf hin, daß die sozialdemokratische Partei in früheren Jahren den Genossenschaften fogut als den Gewerkschaften direkt ablehnend gegenüber gestanden habe. Auch heute sei in manchen Genossenschaften noch wenig Zuneigung für die Konsumvereine zu verzeichnen. Das sei bedauerlich. Der internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen und der sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg hätten sich für die Genossenschaften ausgesprochen, allerdings auch verlangt, daß die Genossenschaften von sozialistischem Geiste erfüllt seien. Diese Forderung sei selbstverständlich. Die Genossenschaft selbst sei ein Stück Sozialismus. Die Genossenschaften, die ihre Aufgabe erfüllten, könnten gar nicht anders, als von sozialistischem Geiste erfüllt sein, und sie seien es auch.

Zwar will Winnig nicht, daß sich die Genossenschaften direkt zur sozialdemokratischen Partei bekennen, weil es ihrer Ausbreitung hinderlich sein könnte. Er will für die Genossenschaften dieselbe parteipolitische Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, die die „freien“ Gewerkschaften angeblich besitzen.

Wenn die Genossenschaften die parteipolitische „Unabhängigkeit“ und „Selbstständigkeit“ der „freien“ Gewerkschaften haben sollen, dann sind sie nichts anderes als — sozialdemokratische Agitationsfilialen. Und das sind sie in Wirklichkeit.

Wie die päpstliche Gewerkschafts-Enzyklika mißbraucht wird. Jetzt muß die päpstliche Enzyklika über den Gewerkschaftsstreit sogar zur Begründung der — „gelben“ Wertvereine herhalten. In Stolberg und in Schweiger wurden zur Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften gelbe Wertvereine gegründet. Mit welchen Mitteln die Protektoren der Gelben dabei vorgehen, mag man daraus ersehen, daß in einem Flugblatt unter Anwendung von großen fetten Lettern behauptet wird, daß „unser höchster Kirchenfürst in seiner Enzyklika die christlichen Gewerkschaften als eine Gefahr für den katholischen Glauben bezeichnet hat.“

Wenn eine weitere hohe kirchliche Autorität die christlichen Gewerkschaften als die Vorfrucht der Sozialdemokratie bezeichnete, dann muß es Aufgabe eines jeden national gesinnten Arbeiters sein, sich der nationalen (soll heißen: gelben) Arbeiterbewegung anzuschließen.

so heißt es in einem andern, von den Gelben in Schweiger herausgegebenen Flugblatt. Der demagogisch aufgepußte Mißbrauch kirchlicher Autoritäten durch die kapitalistischen Drahtzieher der gelben Wertvereine wird dieser Bewegung wohl kaum neue Anhänger zuführen. Dafür ist die Tatsache doch zu weit ins Volk gedrungen, daß die Logen und korrumpierenden Ideen der gelben Bewegung von allen positiv christlich Gesinnten mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden.

Gründung einer gemeinnützigen Volksversicherung. Bekanntlich haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die Konsumvereine beschlossen, eine Lebensversicherung auf gemeinnütziger Grundlage zu begründen. Die Gründung ist bereits vollzogen und die Leitung der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ bereits gewählt. Es sind natürlich alles Genossen, denen die Leitung obliegt.

Um die durch diese „Volksfürsorge“ drohenden großen nationalen Gefahren nach Möglichkeit abzuwenden, war schon seit langem die Gründung einer gemeinnützigen Volksversicherung auf bürgerlicher Grundlage geplant. Die großen Schwierigkeiten, die der Bewirkung des Plans im Wege standen, scheinen nunmehr überwunden zu sein, denn wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, ist die Gründung am 25. Januar 1918 in Berlin endgültig vollzogen worden.

Das Unternehmen bezweckt den Betrieb der Volksversicherung auf breiter Grundlage in Stadt und Land; insbesondere stellt es sich zu Aufgabe, die in den nationalen Organisationen der Arbeiter, der Arbeiterinnen, der Handwerker, der Bauern, der kleinen Gewerbetreibenden und Angestellten ruhenden Kräfte der Verbilligung und weitesten Verbreitung der Volksversicherung dienstbar zu machen. Das Grundkapital von zwei Millionen Mark übernehmen 30 deutsche private Lebensversicherungsgesellschaften, unter ihnen mit die größten Gesellschaften der Gegenseitigkeits- und Aktienform. Die Gesellschaften stellen dem Unternehmen einen Organisationsfonds von 1 Million Mark zinslos zur Verfügung. Sie sind bereit, auch anderen Organisationen eine Beteiligung einzuräumen. Die Satzung beschränkt dauernd die Verzinsung des Aktienkapitals auf 4 Prozent. Diese Beschränkung ist für alle Zeiten dadurch gesichert, daß die betreffende Satzungsbestimmung nur mit

Zustimmung des Reichskanzlers abgeändert werden kann. Der Reichskanzler wird für die Deutsche Volksversicherung A.-G. einen Reichskommissar und einen Stellvertreter bestellen. Der Reichskommissar hat die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Zweckbestimmung des Unternehmens dauernd gesichert bleibt. Er ist hierfür mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet. Der Aufsichtsrat wird sich aus Vertretern der Aktien übernehmenden privaten Gesellschaften, aus Vertretern der angeschlossenen nationalen Organisationen und Organisationsgruppen, sowie aus Personen zusammensetzen, welche durch ihre Sachkunde für die Mitarbeit besonders berufen erscheinen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben keinerlei Anteil am Gewinn; sie üben ihr Amt als unbesoldetes Ehrenamt aus. Zu seinem Vorsitzenden wurde bereits Graf v. Posadowsky-Wehner gewählt. Den Verwaltungsrat bilden Vertreter der Versicherungsnehmer, die von diesen jeweils auf die Dauer von fünf Jahren gewählt werden.

An dieser Gründung sind, wie aus dem Berichte auch schon hervorgeht, auch Vertreter der christlichen Gewerkschaften beteiligt. U. a. gehörte der vorbereitenden Kommission unser Zentralvorsitzender, Kollege Schiffer, an. Mit dieser Gründung dürfte auch wohl der vom Dresdener Kongreß der christlichen Gewerkschaften angenommene Antrag erledigt sein, der die verantwortlichen Instanzen unserer Bewegung verpflichtet, „der Einführung einer Volksversicherung näher zu treten.“

Öffentlich kann sich die neue „Deutsche Volksversicherung A.-G.“ recht bald einer kräftigen Entfaltung erfreuen und so eine ernste Konkurrenz für die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ bilden.

Aus unserer Industrie.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie

im Monat Dezember 1912 wird in der Januarnummer des „Reichsarbeitsblattes“ wie folgt dargestellt: Die Baumwollspinnereien waren nach Berichten aus Westfalen, Hannover, Württemberg und Bayern im allgemeinen befriedigend, zum Teil lebhaft beschäftigt, nur aus Schlesien und aus dem Elsaß kommen Klagen von dem Verbanne schlesischer Textilindustrieller und von der Handelskammer zu Wülthausen über ungenügende Beschäftigung, die sich gegenüber dem Vormonat infolge der hohen Preise der Baumwolle noch verschlechtert hat.

Die Baumwoll-, Weiß- und Buntwebereien konnten, trotzdem der Eingang neuer Aufträge außerordentlich schwach war, die Beschäftigung der Webstühle durch den Bestand an älteren Aufträgen voll ausrecht erhalten.

Die Rammgarnspinnereien hatten gut zu tun, doch machte sich infolge der außergewöhnlich milden Witterung eine Verschlechterung des Geschäftsganges bemerkbar.

Die schlesischen Wollwarenfabriken wiesen nach dem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller in ihrer Beschäftigung gegenüber dem Vormonat eine Aenderung in ihrer Beschäftigung nicht auf.

In wolkigen Kleiderstoffen war der Geschäftsgang nach einem Berichte des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien ziemlich lebhaft und besser als im Vormonate. Die Wintermonate bringen regelmäßig etwas Belebung, doch war diese beeinträchtigt, weil die Abnehmer infolge der in dem dortigen Gebiete verhängten Färberperre in ihren Maßnahmen beunruhigt wurden.

Die Tuchfabriken waren nach Berichten aus Rheinland, Schlesien, Sachsen, Brandenburg im allgemeinen mittelmäßig beschäftigt, doch sind Arbeitsbeschränkungen für die Zukunft unausbleiblich, weil überall über Mangel an neuen Aufträgen geklagt wird. Die Tuchindustrie in der Rheinprovinz hatte im letzten Vierteljahr 1912 hauptsächlich wegen der Abnahme der Cheviotmode, eine gute Beschäftigung, die sich in steigender Richtung bewegte. Die politischen Ereignisse blieben ohne Einfluß. Die gute Beschäftigungslage wurde durch die zurzeit bestehende Wollhaufe und durch die Ende Oktober abgeschlossene Konvention der deutschen Tuchfabrikanten herbeigeführt. Der letztere Umstand hat einen großen Teil der Kundenschaft veranlaßt, Ware unter den alten Bedingungen sich zu sichern, was für die nächste Zeit eine Zurückhaltung der Bestellungen zur Folge haben wird. Im übrigen war die Fabrikation sowohl in Herren- wie Damenstoffen gleich gut. Nachteilig machte sich in den Abnehmerkreisen einerseits die allgemeine Veruerung, andererseits die Bevorzugung der englischen Herrenstoffe bemerkbar.

Die schlesische Leinenfabrikation hatte, trotzdem neue Abschüsse namentlich in Flachsgarn nur in geringem Umfange zustande gekommen sind, noch durchaus ausreichende Beschäftigung.

Die Berliner Leinenindustrie hatte gut zu tun, doch machte sich für feinere Konfektion etwas schleppender Geschäftsgang bemerkbar.

Die Samtbandwebereien litten unter noch immer sehr ungünstiger Geschäftslage, die sogar eine weitere Einschränkung der Produktion zur Folge hatte. Auch die Samtwebereien hatten infolge der Ungunst der Mode und des Balkantrieges einen schwachen Geschäftsgang aufzuweisen, der sich gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahr noch verschlechtert hat. Dagegen konnte die Seidenindustrie über ziemlich guten Geschäftsgang berichten.

In Strickgarnen war das Geschäft ziemlich lebhaft, infolge der Ungunst der Mode, indes schlechter als im Vormonat und Vorjahr.

In Strick- und Wirkwaren war der Geschäftsgang im allgemeinen befriedigend, doch infolge der milden, dem Wintersport abholden Witterung etwas schleppend.

Die Fabrikation von Seiden und Tüchern hatte im allgemeinen stille Saison, die sich gegenüber dem Vormonat infolge der unruhigen Lage auf dem europäischen Markt verschlechtert hat.

Die Trikotwarenfabriken hatten guten Geschäftsgang.

In der Stickerei- und Spitzenindustrie hat sich nach einem Berichte des Fabrikantenvereins der sächsischen Stickerei- und Spitzenfabriken die Lage etwas abgeschwächt und infolge des Wechsels der Mode verschlechtert.

Die Hanfspinnerien und Bindfadenfabriken hatten befriedigende Beschäftigung, die jedoch gegenüber dem Vormonat etwas zurückgegangen ist.

Die Kopfschneidereien hatten ruhige Saison, was auf die schwierige politische Lage zurückgeführt wird. In den Stoffdruckereien, Bleichereien und Appreturanstalten war die Beschäftigung ungenügend und schlechter als im Vorjahr um die gleiche Zeit.

Die Posamentenfabriken hatten schlecht zu tun. Infolgedessen mußte auch die Arbeitszeit verkürzt werden. Die Korsettfabriken dagegen hatten recht guten Geschäftsgang.

11 Firmen der Textilindustrie berichteten über eine Arbeiterzahl zu Ende Dezember von 10542 gegen 10076 im Vorjahr, woraus sich eine Zunahme um 4,42 v. H. ergibt. Aus der Textilindustrie berichten 446 Betriebskrankenkassen mit 95276 männlichen und 113111 weiblichen Mitgliedern.

Von 100 Mitgliedern nachstehender Verbände waren arbeitslos:

Table with 4 columns: Mitgliederzahl, Dezbr. 1912, Dezbr. 1911, Novbr. 1912. Rows for Textilarbeiter (G.), Textilarbeiter (Ch.), and Textilarbeiter (S.-H.).

Der Geschäftsgang in der Leinenindustrie im Jahre 1912

erfährt eine gute Illustration an den Geschäftsergebnissen, die die Vieseler Leinenindustrie für das abgelaufene Jahr zu verzeichnen hatte.

Im Vergleich mit den vorhergehenden Jahren, in denen sowohl die Preise als auch der Absatz mannigfachen, zeitweise bedeutenden Schwankungen unterworfen waren, zeigt das abgelaufene Jahr eine größere Stetigkeit. Leinen- und Tischzeugpreise haben keine nennenswerten Veränderungen erfahren.

Einen unerwarteten, voraussichtlich auch wieder vorübergehenden Aufschwung erfuhr — so lesen wir in der Tisch-, Leinen- und Tischzeug- — nur der Absatz in den feineren Leinenqualitäten durch größere Aufträge für die Madeirastickerei.

Auch die Steigerung der Leinenpreise hat zweifellos zu dem Rückgang des Leinens für den täglichen Gebrauch beigetragen. Deshalb ist es zu bedauern, daß die Flachsgarnspinner in den letzten Monaten Erhöhungen haben vornehmen müssen.

Der Absatz in Tischzeugen ist das ganze Jahr hindurch befriedigend gewesen. Sehr erjährt wird das Geschäft durch die verschiedenartigen Geschäftsmachungen, denen der Fabrikant in der Auslieferung Rechnung tragen soll.

Der Tischzeuge neue Wege zu gehen, soll er andererseits auch die Leute befriedigen, die an den alten historischen Stilen — Rokoko, Louis XIV. bis XVI., Empire — festhalten oder zu den wieder sehr beliebten Blumenmustern zurückgekehrt sind.

Der Betrieb hat in vollem Umfange aufrecht erhalten werden können. Beschränkungen in der Arbeiterzahl haben nicht stattgefunden.

Förderung der russischen Exportindustrie durch Zollrückerstattungen.

Die russische Regierung beabsichtigt, das System der Rückerstattung des Zolles und der Probiergebühren für die bei der Herstellung von exportierten Waren gebrauchten Materialien und Maschinen weiter auszudehnen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreigkeiten. Breyell.

Seit ungefähr 12 Wochen stehen die Arbeiter der hiesigen Gummistrompfbandfabrik im Streik. Die Differenzen entstanden durch eine Lohnreduzierung von 6 und 8 Pfg. pro Meter.

„Herrn M. R., Breyell. Von heute ab ist der Lohn auf 60 Sänge mit 48 er Gummi pro Meter 60 Pfg.“

Die Arbeiter weigerten sich naturgemäß, für diesen Lohn zu arbeiten und erklärten dieses der Firmeninhaberin, Frau Rameders. Es war eine Schädigung von rund 130—150 M. jährlich pro Arbeiter.

„Sollten Sie sich binnen 24 Stunden mit dem angeführten Lohne nicht einverstanden erklären, sind Sie nach dieser Frist hiermit getündigt.“

Die Kündigungszeit (14 Tage) lief am 31. Oktober ab. Die Verbandsvertreter verhandelten mit der Firma erfolglos, so daß die Arbeiter am 2. November in den Streik traten.

Die Arbeiter machten nun ihrerseits auch ein Angebot, um die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Es sollte als Grundlage 100 Schuß angenommen und pro Meter 63 Pfg. gezahlt werden.

Wir wollen hier nicht alles anführen, was die Arbeiter in dem Laufe der Zeit übersehen hat, aber hätten die Arbeiter all das, was zu bemängeln war, an die richtige Adresse befördert, dann hätte das der Firma sehr unangenehm werden können.

Hoffentlich kommt eine Einigung zustande, wenn nur die Arbeiterschaft von Barmen und Elberfeld keine Streikbrecher stellt, denn nur von dort aus droht die Gefahr, weil dieser Artikel dort heimisch ist.

Delmenhorst.

Der neue Tarif, welcher auf dem Wege der Verständigung zwischen den Arbeitern und der Fabrikleitung der Delmenhorster Linoleumfabrik Ankermarkt am 18. Januar 1913 abgeschlossen wurde, lautet: Die Arbeitszeit wird um drei Stunden verkürzt und zwar Sonnabends. Die Arbeiter haben Sonnabends 1 1/2 Uhr Feierabend, die Arbeiterinnen 12 Uhr mittags.

An Lohnerhöhung wurden 5—9 Pfg. pro Stunde zugestanden. Auch die Akkordsätze erfuhr fast alle eine entsprechende Erhöhung. Am 1. Juli 1913 und am 1. Juli 1914 soll ein allgemeiner Lohnaufschlag von je 1 Pfg. die Stunde erfolgen.

Aus unseren Bezirken.

I. Steigendes Interesse der Arbeiterinnen des Bezirks Gladbach am Gewerkschaftsleben.

Im Verhältnis zu der großen Anzahl der im M.-Glabacher Sekretariatsbezirk wohnenden Textilarbeiterinnen war der Prozentsatz der unserem Verbands angehörnden Kolleginnen vor einigen Jahren noch äußerst gering.

In einigen wenigen Betrieben nur war bis vor einigen Jahren das Organisationsverhältnis der Arbeiterinnen ein solches, daß angebotene Lohnreduzierungen abgewehrt oder Verbesserungen erzielt werden konnten. Allgemein aber schien es, als ob die große Masse der Arbeiterinnen dem sich immer deutlicher bemerkbar machenden Ruf nach Zusammenschluß innerhalb unseres Verbandes wohl niemals Verständnis entgegenbringen würde.

Gewiß, sprunghaft war die Entwicklung der weiblichen Mitgliederzahlen nicht. Der Aufstieg ist mit anstrengender Entfaltung der agitatorischen Kräfte vor sich gegangen. Die Fluktuation ist auf ein Mindestmaß zurückgebrängt worden.

Zu diesem Zwecke trat mit Anfang des Jahres 1912 eine Arbeiterinnen-Agitationskommission ins Leben, die sich aus je drei Kolleginnen der räumlich eng zusammenliegenden 14 Ortsgruppen zusammensetzt.

terinnenkreise betrieben werden könnte. Daß auch bei der Durchführung der Agitation die Mitglieder der Kommission fast ausnahmslos energisch tätig waren, ist selbstverständlich. Läßt sich auch über den Wert dieser Kommission und die Bedeutung derselben für die Agitation sowie für die Hebung des Selbständigkeitsgefühls bei den Arbeiterinnen wegen der kurzen Zeit ihres Bestehens noch kein abschließendes Urteil fällen, so darf heute aber schon festgestellt werden, daß diese Einrichtung für die Organisation schon verhältnismäßig gute Erfolge gezeitigt hat.

Fassen wir das Ganze zusammen, so darf wohl gesagt werden, daß der christliche Gewerkschaftsgebante in den letzten Jahren in den Kreisen der Arbeiterinnen des Sekretariatsbezirktes M.-Gladbach an Boden bedeutend gewonnen und daß die Zahl der Mitarbeiterinnen aufsehulich zugenommen hat. Die Entwicklung der weiblichen Mitgliederverhältnisse ist als befriedigend zu bezeichnen. Selbständigkeitsgefühl und Standesbewußtsein der Arbeiterinnen nehmen zu, und bleiben die Kolleginnen von diesem gesunden Geiste befeelt, so sind die besten Folgen für die Zukunft unaussprechlich.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Altenberg. Wir haben eine Aufwärtsbewegung der Ortsgruppe zu verzeichnen. Zählen wir doch 66 Mitglieder, gegen 55 im Vorjahre. Die Hausagitation hat also ein gutes Resultat gezeitigt. Kollege Lachet ist in Anerkennung seiner Verdienste um die Ortsgruppe einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt worden. Der Vorstand besteht jetzt aus den Kollegen Lachet 1. Vorsitzender, Knötgen 2. Vorsitzender, van Berg, Kassierer und Heul als Schriftführer. Als Revisoren fungieren die Kollegen Beters, Geuß, Willems und Solin.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß bei Unterstufungsfällen, diese sofort dem Vorstande mit Angabe der Gründe mitgeteilt werden müssen, damit keine unnötigen Laufereien entstehen.

Bamberg. In unserer Jahresgeneralversammlung ergriffte Kollege Wittke einen Ueberblick über das verfloßene Jahr. Ausgehend von den großen Schwierigkeiten, die die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung im verfloßenen Jahre zu überwinden hatte, kam er auch auf die Schwierigkeiten am Orte für unseren Verband zu sprechen. Besonders ist es die grenzenlose Gleichgültigkeit und der Indifferentismus, der hier von allen beklampt werden muß. Das größte Gemisshilft jedoch ist, daß sich unsere Mitglieder viel zu wenig in den Dienst des Verbandes stellen und sich an jeder agitatorischen Mitarbeit vorbeidrücken. — Kollege Wittke sprach die bestimmte Erwartung aus, daß dieses im neuen Jahre anders werden würde.

Hierauf erfolgte die Wahl der Vorstandsmitglieder. Gewählt wurden als Vorsitzender Kollege Fritz Wittner, als Schriftführer die Kollegin Kath. Hofmann und als Beisitzer Kollege Leo Stöfel.

Ueber das Thema: „Wie betreiben wir erfolgreiche Verbandsarbeit“ sprach Kollege Wittke. Wenn die für unsere Verhältnisse besonders angebrachten Anregungen, die dort gegeben wurden, auch nur zum Teil erfüllt werden, muß die Ortsgruppe zweifellos im neuen Jahre erstarken.

Kollegen und Kolleginnen! Neue Arbeit, neue Aufgaben bringt uns das neue Jahr. Viele neue Freunde können und müssen im Laufe dieses Jahres noch für unsern Verband gewonnen werden. Jetzt, beim Anfang des neuen Jahres, lasse jeder von uns den festen Willen zur eifrigen Mitarbeit und diesen Willen setze er während des Jahres auch in die Tat um, indem jeder immer und überall bestrebt ist, neue Freunde unsern Reihen zuzuführen. Mit frischer Kraft, mit neuem Eifer, mit neuer Begeisterung wollen wir im laufenden Jahre unablässig arbeiten an dem weiteren Ausbau unseres christlichen Textilarbeiterverbandes.

Bremen. Christlicher Arbeitssolidarität Unter dieser Epithete veröffentlicht die gesamte sozialdemokratische Presse einen Artikel, in welchem die Wahrheit wieder viel zu kurz kommt. Der Grund zur Notiz ist kurz folgender. In der Holland-Mühle in Bremen legten Ende Dezember die 36 Speicherarbeiter die Arbeit nieder. Am 1. Januar erschienen in der bürgerlichen Presse ein Inserat, in welchem genannte Mühle 30 Speicherarbeiter suchte. Am nächsten Tage wurden 9 christlich organisierte, welche hier arbeitslos weilten, vom Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes nach dort verwiesen, nach telefonischer Rücksprache mit dem Direktor. Am selben Tage, nachmittags erschienen sämtliche Arbeitslose wieder im Bureau und machten die Mitteilung, daß in der Mühle gestreikt werde. Am 2. Januar, abends brachte dann das hiesige sozialdemokratische Organ die erste Notiz bezüglich des Streiks, dadurch erhielten die Beamten der christlichen Organisationen erst Kenntnis von dem Streik. Daß nun die christlich organisierten dort nicht in Arbeit traten, ist selbstverständlich. Dieses ist der nackte Tatbestand. In der hiesigen sozialdemokratischen Presse wird nun behauptet, daß dort 15 Arbeiter angeboten seien und daß der Beamte dort persönlich hätte mit der Direktion unterhandeln wollen, nach der auswärtigen Presse sollen es 15-18 Arbeiter gewesen sein, während es in Wahrheit nur 9 waren.

Trotzdem nun seitens des christlichen Beamten zweimal eine voreingesehene Berichtigung erfolgte und der oben gezeichnete Tatbestand festgestellt wurde, hielt der sozialdemokratische Brauereiarbeiter und Mühlenarbeiterverband seine Angaben aufrecht, und läßt sich dabei angeblich auf Mitteilungen der Direktion. Wir sind nun in der Lage, festzustellen, daß dem Beamten des christlichen Metallarbeiterverbandes ein Schreiben des Direktors zugegangen ist, welches sich aber absolut nicht mit den Angaben der Genossen deckt. An anderer Stelle wird nun schon den Genossen zeigen, daß sie die Gäre christlicher Arbeiter nicht mit Füßen treten können.

In einem Teil der sozialdemokratischen Presse (Duisburg, Bremerhafen), ist sogar die freche Behauptung aufgestellt, daß der „christliche Arbeitersekretär Hartwig persönlich in der Holland-Mühle gewesen sei und 15-18 brauchbare Arbeiter angeboten hätte!“

Es sei hierzu bemerkt, daß Sekretär Hartwig Ende Dezember seinen Wohnsitz von Bremen verlegt hat und bis heute noch nicht wieder hier gewesen ist.

Das ganze ist wieder ein Beweis, daß die Sozialdemokratie ohne Lug und Trug nicht bestehen kann.

Forst. (Gauß) Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Fassbender in unserer Generalversammlung am 21. Januar ergriffte, ging hervor, daß wir in der Berichtszeit m 43 Mitglieder zugenommen haben. Damit, so führte der Redner aus, können wir uns jedoch nicht zufrieden geben.

Es könnten weit mehr sein, wenn nicht so viele unserer Kolleginnen und Kollegen ihre Hände müßig in den Schoß gelegt wenn mehr Mitglieder sich in den Dienst der Agitation stellen, ungeachtet der Schwierigkeiten, die sich uns entgegen gestellt, an der Ausbreitung unseres Verbandes mitgearbeitet hätten. Schwierigkeiten sind dazu da, um überwinden zu werden. Ohne Kampf kein Sieg. Umso mehr, so führte Kollege Fassbender weiter aus, sehe ich mich veranlaßt, allen denen, welche ihre Kräfte in den Dienst der Organisation gestellt haben, meinen besten Dank auszusprechen und hoffe, daß dieselben auch im neuen Jahr an der Ausbreitung unseres Verbandes mit tätig sein werden. Andererseits müssen wir aber auch unser Augenmerk darauf richten, immer mehr Mitarbeiter heranzuziehen, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. 13 Mitglieder sind im Laufe der Berichtszeit gestorben. Die Einnahmen betragen insgesamt 16709,80 M. An Krankenunterstützung wurden ausgezahlt 2376,85 M. An Arbeitslosenunterstützung 1713,15 M. Ferner wurden an Unterstufungen ausgezahlt: Maßregelungsunterstützung 20,50 M. Reiseunterstützung 64,90 M. Sterbeunterstützung 260,00 M. Streikunterstützung 179,20 M. und an Umzugsunterstützung 40,00 M. Die ausgezahlte Unterstufung betrug insgesamt 4654,60 M. An die Zentralkasse abgeliefert wurden in der Berichtszeit 8020,98 M.

Das Versammlungsleben war ein sehr reges, doch hätten die Versammlungen teilweise besser besucht sein können. Es wurden abgehalten, 2 öffentliche und 19 Mitgliederversammlungen. 22 Vorstandssitzungen sowie 20 Vertrauensmännerversammlungen fanden statt. Sonstige Versammlungen und Besprechungen wurden vom Geschäftsführer 213 besucht. Auch sonst war ein lebhafter Verkehr mit der Geschäftsleitung zu verzeichnen, wurde doch in 148 Fällen Auskunft erteilt, sowie 89 Schriftstücke in der Berichtszeit angefertigt.

Zur Geschäftslage in der Textilindustrie im vorigen Jahre, betonte Redner, daß, wie aus einem Bericht der Handelskammer für die östliche Niederlausitz hervorgehe, glatte Ware sehr wenig hergestellt, dagegen war gemusterte Ware sehr bevorzugt worden. Die Modewebung war für Fortit im allgemeinen günstig, daher konnte von einem schlechten Geschäftsgange keine Rede sein. Daß der geschäftliche Verkehr ein guter war, geht am besten daraus hervor, daß die Tuchausfuhr gegen das Vorjahr noch gestiegen ist. Die Fabrikanten haben also ein gutes Jahr gehabt. Ob dies auch für die Arbeiter der Fall war? Ist das Einkommen der Arbeiter auch gestiegen? Wir können ruhig sagen, nein. Mehrere Bewegungen sind zwar im Berichtsjahr zu verzeichnen gewesen, dieselben wurden aber zum größten Teil von den Allverweltverbessern im Keime erstickt. Zu verschiedenen Malen versuchten zwar die Arbeiter der verschiedenen Betriebe, ihre Lage zu verbessern, was auch als berechtigt anerkannt werden mußte, aber in den meisten Fällen kam absolut nichts dabei heraus, weil von Seiten der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes (Forst ist eine rote Hochburg) unter nichtstehenden Gründen, dem Bestreben der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, alle möglichen Schwierigkeiten bereitet wurden. Die Leiter genannten Verbandes befürchten je-einstmals wieder eine ähnliche Niederlage wie im Jahre 1906 und 1910. Diese Bewegungen sind gewissen Leuten des sogenannten „freien Verbandes“ so in die Knochen gefahren, daß dieselben mit einem gewissen Schauer daran zurückdenken. Einer erneuten Auflage geht man deshalb sorgsam aus dem Wege. Die Sprungübungen, die gewisse führende Geister im Jahre 1910 im Lindengarten haben ausführen müssen, sind ihnen so in die Knochen gefahren, daß dieselben bis heute noch genug daran haben. Zwei Bewegungen führten zu einem kurzen Auslande. Da durch einen Beschluß der hiesigen Genossen, unsern Beamten in Belegschaftsversammlungen das Wort nicht mehr erteilt wurde, war von vornherein an eine erfolgreiche Durchführung der Forderungen der Arbeiter nicht zu denken. Nachdem der Referent noch mit einigen ermunternden Worten die Anwesenden aufgefordert hatte, treu zum Verbands zu stehen und tüchtig in der Agitation mitzuarbeiten, schloß derselbe seine interessanten Ausführungen.

Nach einer lebhaften Diskussion, die sich im Sinne des Referates bewegte, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Paul Balzer wiedergewählt. Die Kollegen Emil Wilhelm, Paul Burbit, Oswald Krug, Gustav Burbit und Max Schulze gingen aus der Wahl als Vorstandsmitglieder hervor. Zu Revisoren wurden bestimmt die Kollegen Fritz Horn, Hermann Petke und die Kollegin Bahnerberger.

Nunmehr verbreitete sich der Bezirksleiter, Kollege Sparenberg in längeren Ausführungen über die Lage des Verbandes im Jahre 1912. Ausgehend von den Reichstagswahlen im verfloßenen Jahre, wo es durch die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien den Genossen gelang, 110 Abgeordnete in den Reichstag zu bekommen, war den sogenannten „freien Gewerkschaften“ der Kampf ganz gewaltig geschwollen. Es gab kurzzeitige Leute, welche bereits in dem Glauben lebten, daß nun bald der Zukunftsstaat anbrechen würde. Tatsache ist, daß seitdem 110 sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstage sitzen, in Sozialpolitik überhaupt nichts mehr gemacht worden ist. Redner ging nun näher auf die Schwierigkeiten ein, welche sich im Laufe des Jahres den christlichen Gewerkschaften in den Weg stellten. Besonders das päpstliche Schreiben hob derselbe hervor, welches viel Verwirrung hätte anrichten können, aber durch die beiden Gewerkschaftskongresse von Dresden und Essen sei volle Klarheit geschaffen worden. Heute steht unser Verband weit mehr gestärkt da als vorher.

Besonders jetzt, wo der Aufregung die Ruhe gefolgt ist, sind die Aussichten für unsere Gewerkschaften gute zu nennen. Sparenberg wies dann auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses hin und forderte alle auf, nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch dem letzten Textilarbeiter die so notwendige Aufklärung zuteil geworden ist; denn es werden uns noch große Kämpfe bevorstehen. Da ist es vor allen Dingen erforderlich, daß wir rüsten. Wohl dem, der das schützende Dach der Organisation über seinem Kopfe weiß. Deshalb an die Arbeit und helfe jeder mit, die noch fernstehenden dem christlich-nationalen Textilarbeiterverbande zuzuführen.

Nachdem der Vorsitzende, Kollege Balzer, mit ermunternden Worten die Anwesenden noch aufgefordert hatte, dem Vorstande treu zur Seite zu stehen und alle Versammlungen ebenso zahlreich und pünktlich zu besuchen, fand die schön verlaufene Generalversammlung ihr Ende.

Hochneudorf. Arbeitersekretär, Kollege Roenzgen, hielt in unserer Generalversammlung einen Vortrag über lath. Fachabteilung und Essener Kongreß. Der Vortrag hat bei den Mitgliedern Aufmerksamkeit und Spannung hervorgerufen und fand allgemeinen Anklang, namentlich, da Redner zum Schluß die „Arbeit“ der Berliner an dem Fall Schöper in M.-Glabdach beleuchtete.

Kassierer, Kollege Nießen, gab den Jahresbericht und Kollege Klötzer den Kassensbericht der Einkaufskasse. Alsdann folgte die Vorstandswahl. Der erste Vorsitzende Peter Pech legte sein Amt aus Gesundheitsrücksichten nieder und an

dessen Stelle ging Fritz Esser aus Hochneudorf, Holzstr. 8, aus der Wahl hervor. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Arbeitersekretär Gottfried Roenzgen und als Schriftführer Cath. Deben gewählt, sodas wir nun auch eine Kollegin im Vorstande haben. Als Kassensrevisoren wurden Feinr. Beck und Peter Esser und in den Vorstand der Einkaufskasse G. Nießen, P. Deberichs und W. Gulten gewählt.

Neumünster. Nach Bekanntgabe des Quartalsberichtes nahm in unserer Generalversammlung der Vorsitzende das Wort zum Jahresbericht. Aus diesem ist zu entnehmen, daß in unserer Ortsgruppe, trotz der verfrachten Tarifbewegung, welche einzig und allein auf das Konto der Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes zu setzen ist, eine Weiterentwicklung zu verzeichnen ist.

Am 1. April 1912 wurde ein Sozialbeitrag eingeführt, welcher bis zum Jahreschlusse die Ortsgruppenkasse erheblich vergrößerte, auch wurde wieder mit der Abhaltung der Diätarabende beaonnen. An die Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion, an welcher sich besonders unser Bezirksvorsitzender beteiligte. Seine Worte wirkten in der Ortsgruppe, durch eine rege Agitations- und Aufklärungsarbeit unsere Bewegung an Orte zu fördern, um dadurch in die Lage versetzt zu werden, durchgreifende Erfolge zu erzielen. Nur mit vereinten Kräften sei es möglich, dieses Ziel zu erreichen.

In der darauffolgenden Vorstandswahl wurden die Kollegen Andr. Hufe und St. Kaminski wieder, die Kollegen Stiller und Philipp Richter neugewählt. Nach einem begeistert aufgenommenem Schlußwort wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Neustadt (D/S.). Mit dem Bundeslied wurde unsere Generalversammlung am 22. Januar eröffnet. Der Vorsitzende, Kollege Mehrfert, gedachte dann der im vorigen Jahre verstorbenen Mitglieder. Nach Verlesung des Protokolls seitens des Kollegen Klamert und des Kassensberichts vom 4. Quartal 1912 seitens des 1. Kassierers, Kollegen Klink, ergriffte Kollege Jungnickel den Jahresbericht. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Kollegen R. Nieger und der Kollegin M. Kroner als Beisitzer. An Stelle des Kollegen J. Herrmann, welcher eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege J. Heißig als 2. Vorsitzender gewählt. Der 1. Vorsitzende dankte dem Kollegen Herrmann für seine zehnjährige Wirksamkeit, erst als Kassierer, dann als 2. Vorsitzender. Kollege Herrmann betonte, daß es keines Dankes bedürft hätte, da er stets nicht des Dankes wegen, sondern um der guten Sache willen die Arbeit gemacht hätte. Er versicherte, auch weiterhin sich als treues Mitglied betätigen zu wollen. Nach Erledigung von Punkt „Verschiebenes“ schloß sich eine kleine Kaiser's Geburtstagsfeier an. Kollege Jungnickel hielt eine der Feier entsprechende Ansprache, die in ein von der Versammlung begeistert aufgenommenes Kaiserhoch ausklang. Stehend wurde die Kaiserhymne gesungen und andere Lieder folgten, wobei das Verbandsliederbuch gute Dienste leistete. Auch nach offiziellem Schluß der Versammlung blieb der größte Teil der Versammlungsteilnehmer in angeregter Unterhaltung noch längere Zeit beisammen. Wir wollen hoffen, daß der schöne Verlauf der ersten Versammlung ein gutes Omen für unser Versammlungsleben im neuen Jahre sein möge.

Rheine. „Sommer langsam voran“, sagt ein alter Grundsatz und dieser findet auch auf unsere Ortsgruppe Anwendung, wie es auf unserer Generalversammlung deutlich zum Ausdruck kam. Zunächst gab der Kollege Artkötter den Geschäfts- und den Jahresbericht. Weil unsere Gewerkschaftsbewegung eng mit dem Wirtschaftsleben verknüpft ist, behandelte er zuerst den wirtschaftlichen Aufschwung des vergangenen Jahres im Allgemeinen und den der Textilindustrie im Besonderen. Auf das gewerkschaftliche Gebiet übergehend, behandelte er zuerst die schweren Kämpfe, an denen das Jahr 1912 so überaus reich war und insbesondere den Gewerkschaftsstreit. Auch die einzelnen Bewegungen unseres Verbandes, sowie die Elberfelder Generalversammlung, fanden entsprechende Würdigung. Wie überall sich bei den Rosen auch Dornen zeigen, so war auch die Ortsgruppe Rheine von Unannehmlichkeiten nicht verschont geblieben. Die Mitgliederzahl konnte im letzten Quartal um 16 gesteigert werden. Mitgliederversammlungen hätten acht stattgefunden, Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerversammlungen waren erst im letzten Quartal protokolliert und in diesem Zeitraum hätten vier Vorstandssitzungen, drei Vertrauensmännerversammlungen und drei Fabrikerversammlungen stattgefunden. Zwei tief einschneidende Neuerungen seien insbesondere eingeführt worden. Am 1. Oktober sei das Sozialsekretariat errichtet und Kollege Artkötter gab auch in Bezug auf die drei Monate einen Rechenschaftsbericht. An Auskünfte und Schriftsätze seien nur 16 angefertigt, eine Folge des vorzüglich arbeitenden Arbeitersekretariats, andererseits hätte jedoch der Lokalbeamte in und außerhalb Rheine an 72 Versammlungen, Konferenzen und Besprechungen teilgenommen. An Drucksachen seien eingegangen 62 Stück, denen ein Ausgang von 172 Stück gegenüberstände. In Betreff der Einführung des Sozialbeitrages am 1. Dezember müsse der Ortsgruppe Anerkennung gezollt werden, da es möglich gewesen wäre, denselben fast ohne Mitgliederverluste einzuführen. Am Schluß des Jahresberichtes, in dem den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern gedankt, erklärte Kollege Artkötter, wir hätten keinen Grund, pessimistisch zu sein, sondern uns freudig gegenständig zu positiver Arbeit aufzumachen und uns jederzeit in der Bewegung zu betätigen. Den Kartellbericht gab Kollege Buxbaum. Sitzungen hätten 18 stattgefunden, der Besuch könne außer dem letzten Quartal nicht als gut bezeichnet werden, seitdem hätte sich jedoch der Besuch bedeutend gehoben, besonders seitdem man dazu übergegangen sei, auch im Kartell regelrechte Vorträge zu halten. Seitens des Kartells wurde Anfang November ein Unterrichtsursus eingerichtet, der regelmäßig von 20-25 Mitgliedern besucht ist. Auch wurden Jugendversammlungen arrangiert, die einen immer steigenden Besuch aufzuweisen haben. Auch er betonte, mit der Mitarbeit aller in Betracht kommenden Faktoren sei es möglich, auch hier in Rheine eine starke, achtungsgebietende Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, frisch pulserendes Leben sei heute schon vorhanden. Die Quartals- und Jahresabrechnung gab der Kassierer, Kollege Poin, welchem dann auf Veranlassung der Revisoren Entlastung erteilt wurde, auch der Kassensbericht ließ deutlich eine Gesundung der Finanzgebarung erkennen. Als Vorsitzender wurde sodann, unter großen Beifall der Versammlung, der frühere verdiente Vorsitzende, Kollege Ludg. Bultmann, gewählt, als Beisitzer das langjährige Vorstandsmitglied, Kollege Jos. Köp wieder gewählt. Ebenfalls wurde der Vorstand durch zwei Arbeiterinnen ergänzt. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Ludg. Bultmann, Feinr. Dankelmann, Wilh. Poin, Wilh. Niehues, Kornel. van den Loos und Theodor Schriegen gewählt. Dann berichtete der Kollege Artkötter noch über Vorkommnisse bei der Firma Hammerfen und über den Kampf in Ebbenbüren. Mit einem fröhlichen Schlußwort, worin insbesondere zur intensiven Agitation angespornt wurde, wurde dann die Generalversammlung geschlossen.

Reichenbach (Schlesien). Die mech. Buntweberei E. J. Pain beschäftigt gegenwärtig einen Stuhlmeister (Auffseher), namens Max Günter, der es sehr notwendig hätte, sich etwas bessere Umgangsformen im Verkehr mit der Arbeiterschaft anzugewöhnen. Als vor annähernd 2 1/2 Jahren der bei genannter Firma bestehende Gesangverein seiner Auflösung verfiel, machten sich einige Weber darüber lustig. Der Auffseher Günter konnte sich damit nicht abfinden und drohte dem Weber Ganter mit „Schädel einschlagen“. Vergangenen Sommer erhielt das Kontormädchen Kollatschny einen Auftrag aus dem Kontor an Günter, dieser darüber aufgebracht, warf dem noch jugendlichen Mädchen einen Schraubenschlüssel nach, welcher ihr an das Schienbein slog. Das Mädchen kehrte weinend ins Kontor zurück.

Sonnabend, den 11. Januar d. J., spukte der famose Auffseher dem Weber Ganter bei seinen Stühlen ohne jegliche Ursache an. — Die Weber müssen oft 2-3 Stunden und länger auf Einrichten warten.

Da der Firmeninhaber als solide und für seine Leute sorgend bekannt ist, so hoffen wir, daß auch von ihm die Arbeiter vor dem Meister geschützt werden.

Stieghorst. Einen äußerst regen und schönen Verlauf nahm unsere Generalversammlung vom 15. Januar. Kollege Kriemelmann erläuterte zunächst den Zweck der neu eingeführten Lokalbeiträge. Dann erlatete der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal. Da Kasse und Bücher von den Kassenrevisoren in Ordnung gefunden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Es wurde nun zu den Wahlen geschritten. Da der 1. Vorstehende, Kollege Kriemelmann, wegen Arbeitsüberbürdung sein Amt niederlegte, wurde an dessen Stelle Kollege Ferdinand Wanjet einstimmig zum 1. Vorstehenden gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Wessell wiedergewählt. Von den Vertrauensleuten wurden neu resp. wiedergewählt die Kollegen F. Koch, W. Horstbrück, G. Becker, W. Werning, A. Landwehr, J. Deppe, F. Schürfeld und Pauline Strum.

Als Kassenrevisoren wurden G. Miller und A. Höner gewählt. Unter Verschiedenes wurde den Kollegen und Kolleginnen unser Verbandsliederbuch in empfehlende Erinnerung gebracht und betont, daß ein jeder Kollege ein solches besitzen müsse.

Es wurde dann noch ein Antrag eingebracht, daß in nächster Zeit ein Familienabend veranstaltet werden sollte. Eine Kommission soll die nötigen Vorbereitungen zu der Feier treffen.

Bieren. Eine am Sonntag, den 29. Januar, für die Bezirke Dorf und Kaiser abgehaltene Generalversammlung wies einen mäßigen Besuch auf. Nachdem die Kassiererin Kath. Schoelgen über die Finanzlage des Bezirks berichtet hatte und die übliche Entlastung erteilt war, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als neue Vorstandsmitglieder wurden gewählt die Kollegen Jos. Beckers, Jos. Schlippe und Engelbert Schrörs. Als Kassenrevisoren Hubert Schrieferz und Wilh. Gohes. Als Kartelldelegierte Wilh. Ditzes und Hubert Schrieferz.

Kollege Glies entwarf nunmehr ein kurzes Bild über die wichtigsten Vorgänge des verfloffenen Jahres. Der große Bergarbeiterstreik des Ruhrreviers sei gewissermaßen ein Kräftestein für die christlichen Gewerkschaften gewesen. Hier hätten die christlichen Gewerkschaften gezeigt, daß sie nicht gewillt seien, sich unter der sozialdemokratischen Fuchtel zu beugen. Die bei dieser Gelegenheit gezeigte Selbstständigkeit, sowie das Festhalten an den bewährten Grundfäden habe den Gegnern imponiert und sei von den Mitgliedern freudig begrüßt worden.

Die päpstliche Enzyklika habe an der bisherigen Haltung der christlichen Gewerkschaften nichts geändert. Ausdrücklich sei in der Enzyklika festgelegt, daß die christlichen Gewerkschaftler wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation nicht verteuert werden dürften. Der außerordentliche Gewerkschaftstongress in Essen habe in dieser Beziehung klare Bahnen geschaffen. Besonders eindrucksvoll seien die Erklärungen dort gewesen, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften nur stehen und fallen mit ihren Mitgliebrern. Bezüglich der örtlichen Verhältnisse sei der Ausfall der letzten Gewerbegerichtswahl für die christliche Arbeiterschaft von Biersen ein recht blamabler. Allen Anschein nach hätten die wichtigsten Vorgänge des letzten Jahres auf einen sehr großen Teil der hiesigen Arbeiterschaft nicht den geringsten Eindruck gemacht. Man lebe zu gleichgültig in den Tag hinein und sei sich der Pflichten, die das öffentliche Leben an die Arbeiter stellt, recht wenig bewußt. Der Streit bei der Firma Konners u. Hötiges wurde einer sachlichen Besprechung unterzogen. Nachdem seitens der Firma die Löhne der streikenden Arbeiter veröffentlicht wurden hätte man in Bürgerstreifen manches mißliebige Wort über die hohen Löhne der Streikenden hören können. Das Letztere verstehe die Biersener Arbeiterschaft nicht. Wenn auch einige Arbeiter in Biersen einen anständigen Lohn verdienen, so hat doch auch der Geschäftsmann seinen Vorteil davon. Wünschenswert wäre es jedenfalls, daß die Löhne der gesamten Arbeiterschaft von Biersen eine angemessene Erhöhung erfahren würden. Zudem hätten die Bandwicker der Firma Konners u. Hötiges keine Lohnerrhöhung verlangt, sondern sie haben sich gegen eine Lohnreduzierung gewehrt. Auch wurde das Vorgehen einer hiesigen Brotfabrik einer gerechten Kritik unterzogen. Nachdem dort erst seit einigen Tagen die Organisation eingeführt war, erhielt ein Arbeiter sofort Entlastung. Die dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die Behandlung der Arbeiter ließen ebenfalls viel zu wünschen übrig. Es wurde ausdrücklich betont, daß die betreffenden Arbeiter mit aller Bestimmtheit auf die Unterstützung der christlich organisierten Arbeiterschaft rechnen können.

Ganz besonders erfreulich war es, daß aus der Mitte der Versammlung der Wunsch ausgedrückt wurde, in Zukunft mehr solcher Bezirksversammlungen abzuhalten. Diesem Verlangen soll gerne entsprochen werden. Mit freudiger Befriedigung verließen die Anwesenden die so schön und einmütig verlaufene Versammlung. Pflicht aller Mitglieder ist es, aus mitzuarbeiten, daß der Versammlungsbesuch in Zukunft besser wird, dann wird auch unsere Arbeit in Biersen von Erfolg gekrönt werden.

Zell i Wiesental. Entschuldigend können wir diesmal von einer gütigsten Generalversammlung berichten. Nach einem gemeinsamen Tede hieß der Vorstehende, Kollege Band, vor allem die neuen Mitglieder herzlich willkommen. Zuerst wurde noch der verstorbenen Kollegin, Genannte Spindler, gedacht und zum ehrenden Andenken erhoben sich stänbliche Kranzgebenden. Aus dem Tätigkeitsbericht über das verfloffene Jahr, erlatete vom ersten Vorstehenden, war zu ersehen, daß manches gute für die Arbeiterschaft getan wurde. Kollege Sütterle erlatete den Kassenbericht, der folgende Zahlen aufwies: Einnahmen der Zentralkasse 2819,25 M., Ausgaben 906,71 M., somit an die Zentralkasse abgeliefert 1912,54 M., Einnahmen der Ortsgruppenkasse 827,40 M., Ausgaben 537,53 M., somit Kassenbestand am 1. Januar 1913 289,87 M. Mitgliederbestand am 1. Januar 1912: 70 männliche und

127 weibliche, zusammen 197; am 1. Januar 1913: 68 männliche und 108 weibliche, zusammen 176. Kassenrevisor, Kollege Wögle berichtete, daß sich Bücher und Kasse in bester Ordnung befänden und sprach dem Kassierer Dank und Anerkennung aus für seine Mühewaltung. Dem schloß sich der Bezirksleiter, Kollege Kümmele, an, und lobte er in anerkenntenden Worten die Tüchtigkeit und über zehnjährige Mitarbeit unseres Kassierers. Im Verlaufe der Versammlung wurde dem Kollegen Sütterle als äußeres Zeichen des Dankes und der Anerkennung seiner geleisteten Arbeit im Namen der Ortsgruppe ein praktisches Geschenk überreicht, wofür er bestens dankte. Bei den vorgenommenen Wahlen wurde Kollege Philipp Sütterle als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Beisitzer: Kollege Reinhard Walter, Kollegin Marie Spindler, Kollegin Anna Engler, und Kollegin Elisabeth Schindler. Als Nachsorge wurde Kollege Wögle einstimmig wiedergewählt. Nachdem sprach Bezirksleiter, Kollege Kümmele, über die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage und unsere nächsten Aufgaben.

Briefkasten.

Cottbus. Das Buch von Mahling ist uns nicht bekannt. Ein gutes Geschenk für eine Kollegin wäre „Die Arbeiterinnenfrage“ von Gnaud-Rühne oder „Die gewerbliche Arbeiterinnenfrage“ von Rehdach. — Das Buch von Hgenhein über „Die Gedankenwelt der Arbeiterjugend“ ist eine sehr wertvolle Materialsammlung. Sie können sämtliche Schriften von der Buchhandlung des Gesamtverbandes in Köln beziehen.

Lambrecht. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß solche Notizen nicht aufgenommen werden können. Versammlungsankündigungen finden nur im Versammlungskalender Aufnahme.

Zurückgeblieben ist der Schlußteil des Artikels über den „positiven Negulator“.

Versammlungskalender.

Brand. 12. Februar, 8 1/4 Uhr, bei Bongenberg, Generalversammlung.

Breyell. 9. Februar, 6 Uhr, im Lokale von Fußangel, Generalversammlung.

Burgwaldbriel. 16. Februar, gleich nach dem Hochamte, bei Jakob Klüfer, außerordentliche Generalversammlung.

Cottbus. 8. Februar, im evangelischen Vereinshaus.

Düren. 9. Februar, 11 Uhr, im Lokale zum Franziskaner, Jahres-Generalversammlung.

Elberfeld. 15. Februar, 8 1/2 Uhr, im Lokale Hertenvath, Klobhahn.

Esslingen. 9. Februar, 3 Uhr, im Lokale „Gasthaus zum Rattberg“.

Euenheim-Willich. 9. Februar, 5 Uhr, bei Schöder-Euenheim, Generalversammlung.

M. Gladbach-Blumenberg. 2. Februar, 6 Uhr, bei Josef Kießen, Blumenbergstraße, Generalversammlung.

M. Gladbach-Sicken. 9. Februar, 6 1/2 Uhr, im Lokale von M. Schnod (früher Canter), Eickenhöhe, Generalverslg.

Hinsbeck. 9. Februar, 5 1/2 Uhr, bei Wm. Fahnen.

Höfen. 9. Februar, 5 Uhr, im Lokale von Förster, Generalversammlung.

Lambrecht. 10. Februar, 1/29 Uhr, im Lokale Jakob Becker Witwe, außerordentliche Versammlung.

Meuckert. 9. Februar, 11 1/2 Uhr, bei Joh. Eickmanns, Generalversammlung.

Odenkirchen. 16. Februar, 10 Uhr, im „Deutschen Gut“, Generalversammlung.

Schriefsahn. 9. Februar, 6 Uhr, bei Heinar. Kaiser, Generalversammlung.

Speffart (Albia). 17. Februar, 1/28 Uhr, im Lokale „Gasthaus zur Biene“, Kolleginnenversammlung.

Walheim. 16. Februar, 5 1/2 Uhr, im Lokale Krot, am Bahnhof, Generalversammlung.

Bezirk Bocholt-Gronau.

Secretariat Glanerbrug (Holland).

Vom 4. Februar bis 7. Febr. ab ist der Sitz des Secretariats nicht mehr Glanerbrug, sondern Enschede. Von genanntem Zeitpunkt an wolle man deshalb alle Zuschriften u. nach Enschede (Holland), Sneedweg 69 A, senden. S. A.: A. J. Meuziat, Lokalbeamter.

Literarisches.

„Illustriertes Jahrbuch mit Kalender für die gesamte Baumwollindustrie“. 34. Jahrgang pro 1913. 376 Seiten. Mit 280 Abbildungen. In Leinenband gebunden M. 3.—, in Briefkasteneinband M. 5.—. Ein Taschen- und Nachschlagebuch für Textilmaschinen- und Farbenfabriken, Techniker, Werkmeister und Kaufleute der Textilbranche, Monteur, Chemiker, Spinner, Fabrikbesitzer, Weber, Patentanwälte, Technische Bureau, Erfinder, Bibliotheken, Studierende an technischen Hochschulen und Schüler an höheren Textil-Fachschulen. Verlag von H. A. Ludwig Degener, Leipzig.

Das bekannte „Baumwollen-Jahrbuch“ ist wieder da — wiederum vollkommen neu bearbeitet — zum 34. Male für das Jahr 1913. Mehrfache Erweiterungen und Änderungen sind vorgenommen worden, und wieder sind die neuesten Errungenschaften der fortschreitenden Technik weitgehendst berücksichtigt worden.

Als neu find, abgesehen von vielen anderen, die Abhandlungen über deutsche Kolonial-Baumwolle und den Baumwollbau in Peru, ferner über die Beschaffung der Wirkungsanlagen mittels Luftzangeinrichtungen, sowie Betrieb und Wartung von Dynamos und Elektromotoren, deren Anwendung in Spinnereien und Webereien immer mehr Platz greift, hervorzuheben.

Um diesem vorzüglichen Taschenbuch seine Handlichkeit nicht zu nehmen, es nicht allzu umfangreich werden zu lassen, muß alljährlich manches Interessante und Wissenswertes in Wegfall kommen, das in den letzten Jahren besprochen wurde. Jede Ausgabe besitzt daher einen größeren bleibenden Wert.

Das „Baumwoll-Jahrbuch“ darf wohl als bester Vertreter seiner Art gelten und als ein Handbuch im wahren Sinne des Wortes angesehen werden.

Eine neue Zeitschrift zur Förderung des gewerblichen Tarif- und Einigungswezens. Von den um das gewerbliche Schieds- und Einigungswezen hochverdienten Herren W. von Schulz, Dr. H. Brenner, W. Rath ist im Verlage von Julius Springer, Berlin, eine neue Zeitschrift herausgegeben worden, die sich die Förderung des Schieds- und Einigungswezens zum Ziel gesetzt hat.

In der ersten Nummer begründet der verdiente Vorkämpfer des gewerblichen Schieds- und Einigungswezens, Freiherr von Berlepsch, ausführlich den Zweck und die Notwendigkeit der neuen Zeitschrift.

Die Monatschrift „Das Einigungsamt“ ist zu dem Zweck gegründet, eine Sammelstätte für alles zu werden, was für die gegenfeitigen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern und deren Organisationen von Bedeutung ist. Insbesondere sollen zur Behandlung gelangen das gewerbliche und kaufmännische Einigungswezen, Entscheidungen und Beschlüsse der Tarifvertragsinstanzen, vor allem des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe und des Haupttarifamtes für das Malergewerbe, sodann wichtige Fragen der Fortbildung des Tarifvertragswezens, wozu auch die mittelbar zusammenhängenden Fragen des Koalitionsrechtes, Vereinsrechtes, des Rechts der Berufsvereine, der Streitpostenstreiter und dergleichen gehören. Für alle diese Fragen, die sehr im Vordergrund des öffentlichen und privaten Interesses stehen, fehlt z. B. ein Organ, in dem alles Wissenswertes gesammelt und besprochen werden kann. Die bestehenden sozialpolitischen Schriften sind nicht in der Lage, den hier genannten Spezialfragen in der wünschenswerten Ausführlichkeit Rechnung zu tragen. Die von einzelnen Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisationen herausgegebenen Veröffentlichungen tragen meist die Besonderheit an sich, daß die Gegenpartei und die zur Durchführung des Tarifvertrags berufenen Instanzen geneigt sind, auch rein sachlichen Darstellungen Mißtrauen entgegenzubringen. Darum dürfte das „Einigungsamt“ einem dringenden Bedürfnisse entgegenkommen und für alle Faktoren, welche sich mit Arbeiterfragen zu befassen haben, eine objektive, wünschenswerte Quelle zur Beurteilung der hier einschlägigen Fragen bilden.

Der Preis für ein Jahresabonnement beträgt M. 4.—, er ermäßigt sich für die Einigungs- und Tarifämter, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Schlichtungskommissionen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände usw. usw. bei Abnahme einer größeren Anzahl von Exemplaren auf M. 1,50. Dieser Vorzugspreis kann jedoch nur dann gewährt werden, wenn die Bestellungen direkt bei der Verlagsbuchhandlung, Julius Springer-Berlin, erfolgen.

Das Taschenbuch für evangelische Arbeiter, herausgegeben von Pastor D. Weber, M.-Glabach und Pastor Vic. Mumm, M. d. R., Berlin, erscheint mit dem Jahrgang 1913 nun schon zum 7. Male und hat sich längst in weiten Kreisen Bürgerrecht erworben. Recht aktuell sind die Aufsätze: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung“, „Bebel entlarvt“, „Gelbe Verbände“ usw. Reiches Material über den Stand der evangelischen Arbeitervereine, der christlichen Gewerkschaften, über den Gesamtverband bieten weitere Artikel. Dazu kommt ein kurzer Abriss über die für die Arbeiter wichtigste Literatur. Reiches Kalendermaterial und ein praktisches Notizbuch auf gutem Schreibpapier vervollständigen den Inhalt. Das gut gebundene Buch kostet 60 Pfg. für 1 Exemplar, ab 15 Exemplare 45 Pfg. und ab 30 Exemplare 40 Pfg. ohne Porto und ist zu beziehen von der Buchhandlung der Sozialen Gewerkschaften für das evangelische Deutschland, E. B. zu Berlin NW. 87, Tille Wardenbergstr. 28 (T. W. U. Noabit 8941).

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Wie gewinnen wir die Mitglieder für die Zeitschrift des Verbandsorgans? — Arbeitsverhältnisse in den Baumwollspinnereien. — Wird sich das Geschäft der deutschen Textilindustrie mit Amerika wesentlich heben? — Die Zahlung von Hausgeld durch die Krankenkasse bei Krankenhausbehandlung des Versicherten. — Feuilleton: Die Leipziger Industrie in Persien. — Allgemeine Rundschau: Ein Entwurf zu einem preussischen Wohnungsgesetze. — Endlich gefunden. — Sozialdemokratie und Arbeiterinnenschuß. — Galte den Dieb! — Eine elend verunglückte Jungfernehe. — Der „Textilarbeiter“ über die Reichstagsrede Krätzig. — Die Konsumvereine müssen von sozialistischem Geiste erfüllt sein. — Wie die päpstliche Enzyklika mißbraucht wird. — Gründung einer gemeinnützigen Volksversicherung. — Aus unserer Industrie: Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie. — Der Geschäftsgang in der Leinenindustrie im Jahre 1912. — Förderung der russischen Exportindustrie durch Zollrückerstattungen. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegung und Arbeitsstreitigkeiten: Breyell. — Delmenhorst. — Aus unseren Bezirken: Steigendes Interesse der Arbeiterinnen des Bezirks Gladbach am Gewerkschaftsleben. — Berichte aus den Ortsgruppen: Altenberg. — Bamberg. — Bremen. — Forst (Laußig). — Hochneufkirch. — Neumünster. — Neustadt (O.-S.). — Rheine. — Reichenbach (Schlesien). — Stieghorst. — Biersen. — Zell i. Wiesental. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeige. — Literarisches.